

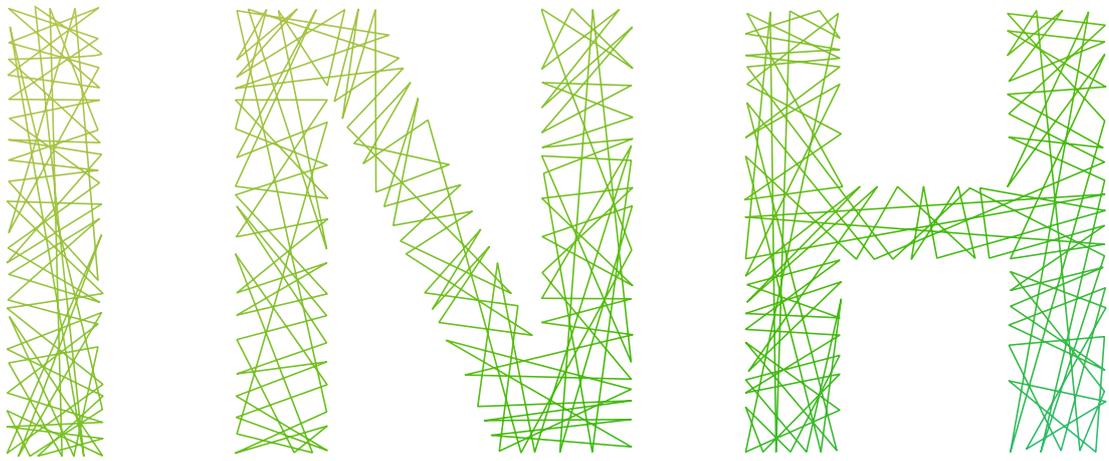


Landeshauptstadt
München

Europa-Jahresbericht 2014

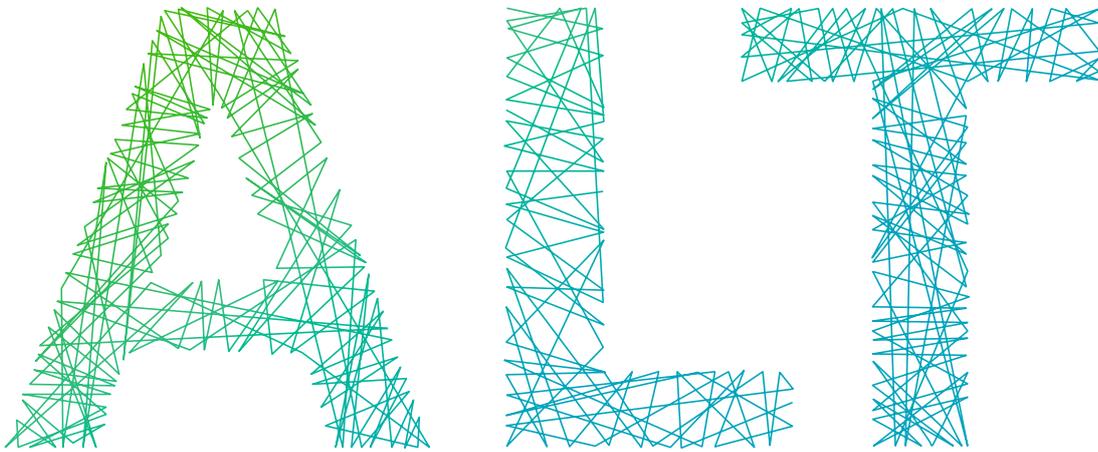


M  **DICH**
MÜNCHEN MAG DICH
EUROPA VERBINDET



München und Europa

Engagierter Einsatz lohnt sich für München	3
Stadtratskommission Europa	4
Nach den Wahlen: Viel Bewegung in Brüssel und München	5
Strategie	
Münchener Expertise gefragt EUROCITIES stärkt in München die Position der Großstädte	7
Awards für Energieeffizienz und nachhaltige Energieversorgung	9
Mit guten Beispielen vorangehen	10
Die Fachreferate bringen ihre Expertise in den EUROCITIES-Arbeitsgruppen ein	11
Nantes übernimmt EUROCITIES-Präsidentschaft	12
Sozialforum macht sich für Bürgerbeteiligung stark ÖKOPROFIT beim Economic Development Forum	13
Europäische Städte wollen gemeinsam den Klimawandel aufhalten News aus den Netzwerken	14
Neuer Leiter der Münchner Regionalvertretung der Kommission Netzwerktreffen: Großes Interesse an Europainformationen	16
Luftreinhaltung: 2014 wenig Neues aus Brüssel Stadtratskommission für Nahverkehrsverordnung	17
TTIP darf Qualität und Vielfalt der Daseinsvorsorge nicht gefährden	18
Eine EU-Städteagenda muss die Subsidiarität respektieren	19
Mobilität und Umwelt im Alpenraum in Einklang bringen	20
Gemeinsam wachsen und zusammenwachsen Best Practice in Sachen Sicherheit	21
EU-Parlament gewinnt an Einfluss	22
Ausschuss mit erweiterten Kompetenzen Weichenstellungen für die neue Legislaturperiode Gut vorbereitet, um Mittel aus INTERREG zu beantragen	23
Startschuss für die neue EU-Förderperiode Fortbildungen in Europa	24
Offenheit und Toleranz fördern Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	25



Starke Stimme für die Daseinsvorsorge Ressourcen schonen	26
Klares Nein zur Gentechnik	27
Kommunikation	
Reden über Europa Mehr als 18 000 Downloads Informationen zur Wahl im Mittelpunkt des Europatages	29
Nur wer sich informiert, kann Europa aktiv mitgestalten	30
In Deutschland auf Rang zwei	31
Projekte	
Unterstützung bei EU-Projekten Mehr Lebensqualität durch eine kluge Standortwahl	33
Europe moves (me) Europa für Kleine Meldungen in Kürze	34
Wie Interaktion auch ohne gemeinsame Sprache gelingt	35
Die Neuvermessung Europas	36
„What’s the deal?“	37
Austausch zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien Für mehr Toleranz im Umgang mit HIV/Aids-Kranken	38
Ein Signal gegen Repressionen Münchens Partnerstädte auf dem Viktualienmarkt Zwei Fragen an Oberbürgermeister Dieter Reiter	39
Schulmöbel für Subotica Starthilfe ins Berufsleben	40
Flüchtlingen die Rückkehr erleichtern	41
„DELI“ fördert Firmenvielfalt	42
Wegweisend: „Fair Move“	43
Zwei Wochen in Stockholm mit 200 000 Büchern in 120 Sprachen Hospitationen bereichern	44
Preise und Auszeichnungen	45
Zukunft	
Hochkarätige CEMR-Tagung in München Europäisches Jahr der Entwicklung	47
Anhang	48

M

U

V

C

H

E

V

Q

E

U

R

O

P

A

Die Rolle Münchens in Europa



Städte sind wie Mikrokosmen, in denen sich nahezu alle Herausforderungen unserer Gesellschaften komprimieren. Städte sind gleichzeitig die Einheiten, in denen am ehesten und am schnellsten Lösungen gefunden werden. Und: 70 Prozent der Europäer leben in Städten. Mit steigender Tendenz. Die Verantwortlichen in den Kommunen sind daher besonders an der Bewältigung drängender Zukunftsfragen interessiert. Für die europäischen Städte liegt eine erhebliche Chance im gegenseitigen Austausch von Know-how und beispielhaften Projekten, zum Beispiel die CO₂-Reduzierung voranzutreiben und die Energieeffizienz zu steigern. Deshalb müssen wir gemeinsam dafür arbeiten, dass die städtische Stimme auf EU-Ebene weiter Gehör findet.

Dringend nötig: Eine Urban Agenda

Gleichzeitig ist die EU, wenn sie ihre strategischen Ziele für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Europa erreichen möchte, auf die Unterstützung der Städte Europas angewiesen. Deshalb braucht es eine EU-Städteagenda (EU Urban Agenda), die auf einem praktischen und kohärenten Ansatz basiert, der Städte in den Prozess der europäischen Politikgestaltung einbindet. Eine EU-Städteagenda muss jedoch die Subsidiarität respektieren und darf keine neuen Rechtsvorschriften für Städte schaffen.

In ihrem Papier „Die städtische Dimension der EU-Politikfelder“ beschreibt die EU-Kommission die Situation von Städten in der gesamten EU und die Städtepolitik der Mitgliedsstaaten ebenso wie die globale Dimension der Stadtentwicklung. Sie hebt hervor, dass die Entwicklung einer EU-Städteagenda den gegenwärtigen Erfordernissen entspricht. München hat sich im laufenden Prozess der Entwicklung einer EU-Städteagenda sehr früh eingebracht. Neben der referatsübergreifenden Beantwortung der entsprechenden Konsultation ist der Fachbereich Europa im EURO CITIES-Netzwerk zur EU-Städteagenda sehr aktiv und hat unlängst eine Stellungnahme gemeinsam mit anderen europäischen Großstädten ausgearbeitet.

Auswirkungen auf Städte

Ich denke, dass eine zukünftige EU-Städteagenda die übergeordneten Ziele der EU widerspiegeln und die Politik der Mitgliedsstaaten ergänzen sollte. Glücklicherweise ist längst auch das Bewusstsein vorhanden, dass zum Beispiel Außenhandelsthemen nicht mehr nur Sache der Regierungen sind, sondern Auswirkungen auf Städte haben, weshalb bei den

Diskussionen über TTIP, CETA und TiSA die europäischen Städte selbstverständlich eingebunden werden müssen.

Mir ist aber auch bewusst: Mit der zunehmend starken Rolle der Städte wächst auch die Verantwortung. Städte planen nicht mehr ausschließlich für die eigenen Bürgerinnen und Bürger, sondern im europäischen Maßstab, manchmal sogar darüber hinaus. München nimmt diese Verantwortung wahr. Als Beispiel nenne ich die Bemühungen der Stadt München in Bezug auf die Unterstützung und Stärkung der Zivilgesellschaft: Bei der Konferenz „Zivilgesellschaft in Harare, Kiew und München“ waren herausragende Akteure und Stadtpolitiker aus den drei Partnerstädten zu Gast,

um ihre Erfahrungen in der Bürger- und Menschenrechtsarbeit auf kommunaler Ebene auszutauschen.

Höhepunkt der Europaarbeit

Austausch ist das Stichwort. Wie gut der Dialog und das gemeinsame Handeln gelingen können, hat die EURO CITIES-Jahreskonferenz im November in München gezeigt. Sie war ohne Zweifel für die Europaarbeit Münchens Höhepunkt und Anerkennung des bisherigen Engagements auf internationaler Ebene. Rund 550 Teilnehmende, darunter zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie politische Vertreterinnen und Vertreter von EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen waren zu Gast. In Vorträgen und Diskussionen, bei Workshops und Exkursionen konnten sich die Gäste einen Eindruck verschaffen, wie München beispielhaft vorangeht beim Thema „Energising Cities – energy intelligent cities of tomorrow“. Beeindruckend war unter

anderem der international bekannte Politikberater Simon Anholt, der seine Idee der „good city“ vorstellte und sagte: „Eine erfolgreiche Stadt ist eine ‚gute‘ Stadt, eine Stadt, die sich nach außen orientiert, nicht nach innen.“

Dass das wichtigste Gremium des CEMR (Council of European Municipalities and Regions), das Policy Committee, nun im Juni dieses Jahres ebenfalls mit etwa 150 Funktionären hier in München tagt, ist für uns erneut eine Bestätigung dafür, wie gut wir in den Netzwerken der Europaarbeit verankert sind und welche wichtige Rolle wir dabei spielen.

Josef Schmid
Zweiter Bürgermeister,
Leiter Referat für Arbeit und
Wirtschaft der Landeshauptstadt
München

Stadtratskommission Europa

Die Stadtratskommission Europa ist ein beratendes Organ für den Stadtrat. Sie befasst sich mit kommunal relevanten Initiativen der EU, mit EU-Projektanträgen der städtischen Fachreferate, mit Förderprogrammen und mit Stellungnahmen zu Konsultationsverfahren der EU, die von der Stadt direkt an die EU-Kommission gehen. Die Stadtratskommission wurde als beratendes Organ mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen eingerichtet.

Mitglieder mit Stimmrecht sind:

- Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft
- Manuel Pretzl, CSU
- Dr. Manuela Olhausen, CSU
- Ulrike Boesser, SPD
- Jens Röver, SPD
- Lydia Dietrich, Die Grünen/Rosa Liste
- Gabriele Neff, FTB
- Ursula Sabathil, AG BM/AfD





Nach den Wahlen: Viel Bewegung in Brüssel und München

2014 war ein ereignisreiches Jahr in und für Europa. Im Mai standen die Wahlen zum EU-Parlament an. Ihr Ergebnis war erstmals ausschlaggebend für die Wahl des neuen Präsidenten der EU-Kommission. Letztlich ein Sieg der Demokratie, denn mit Jean-Claude Juncker wurde der Kandidat gewählt, dessen Europäische Volkspartei europaweit am meisten Stimmen auf sich vereinen konnte.

Für München bedeutete die EU-Wahl leider auch, dass es seitdem nur einen lokalen Abgeordneten im Parlament gibt. Wir arbeiten jedoch auch mit den bayerischen EU-Parlamentariern zusammen, um sicherzustellen, dass die Interessen der Landeshauptstadt in Brüssel und Straßburg gehört werden.

In München fanden im Frühjahr Kommunalwahlen statt, in deren Folge der Zweite Bürgermeister Josef Schmid (CSU) in seiner Funktion als Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft auch der neue Münchner Europachef wurde. Die neu zusammengesetzte Europakommission des Münchner Stadtrates nahm im Herbst ihre Arbeit auf. In Berlin ist Richard Kühnel seit dem 1. Juni Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland. Last but not least wurde Joachim Menze neuer Leiter der Münchner Regionalvertretung der Kommission. Wir haben diese personellen Veränderungen zum Anlass genommen, um den Münchner EU-Akteuren die neuen Verantwortlichen vorzustellen: Auf unserem Netzwerktreffen Ende Oktober im Neuen Rathaus gaben sie Einblick in ihre Ziele

und Pläne. Eine angeregte Diskussion und intensives Networking zeigten einmal mehr das große Interesse an europapolitischen Fragestellungen. 2014 war auch geprägt vom Beginn der neuen EU-Förderperiode. EU-Kommission und Länder arbeiteten an den neuen operationellen Programmen und veröffentlichten im Laufe des Jahres die Inhalte und Anforderungen einzelner Förderprogramme. Ende Dezember 2014 lud deshalb das Referat für Arbeit und Wirtschaft städtische Kolleginnen und Kollegen zu einer Informationsveranstaltung zum neuen EU-Förderprogramm INTERREG V ein. Vertreter der Programmbehörden skizzierten die Förderschwerpunkte, die Anforderungen für erfolgreiche Projektanträge und die Fristen zur Antragseinreichung.

Umfassende Liberalisierung

Das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) sieht eine umfassende Liberalisierung des internationalen Handels der EU mit den USA vor. Welche Folgen entstehen daraus für Kommunen? Das war und ist eine zentrale Frage, der wir bereits seit Juni 2013 nachgehen. Als offensichtlich wurde, dass kommunales Handeln deutlich von TTIP geprägt sein wird, hat der Münchner Stadtrat 2014 einen Forderungskatalog verabschiedet. Wir haben gemeinsam mit EURO-CITIES federführend eine Stellungnahme auf den Weg gebracht, die von einer Vielzahl von europäischen Städten mit getragen wird.

Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass der Einsatz sich bezahlt gemacht hat und wir Fortschritte in Richtung mehr Transparenz erzielt haben. Im Frühjahr richtete das Bundeswirtschaftsministerium einen Beirat ein, in dem Dr. Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetages, sitzt. In München haben wir auf einer Bürgerveranstaltung im November 2014, geleitet vom Zweiten Bürgermeister Josef Schmid, Transparenz gefördert: Vertreter des Deutschen Städtetags, der EU-Kommission, des Bundesverbands öffentlicher Dienstleistungen und der Universität Kassel standen Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort zu den Verhandlungen.

Lesen Sie in unserem Europa-Jahresbericht, was sich 2014 alles bewegt hat rund um die EU in München. Viele Stadträtinnen und Stadträte vertraten in München sowie in ganz Europa die Interessen der Landeshauptstadt. Zahlreiche Projekte konnten mithilfe der EU-Fördertöpfe umgesetzt werden. In vielen Veranstaltungen, vor allem organisiert von unserem Informationszentrum Europe Direct in der Münchner Stadtbibliothek, sind wir mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gekommen über aktuelle Themen Europas.

Henriette Wägerle
Landeshauptstadt München
Referat für Arbeit und Wirtschaft
Leitung Europa

S

T

R

A

T

E

G

I

E

Münchner Expertise gefragt

Um in Brüssel und Straßburg die Interessen der Großstadt zu vertreten, betrieb die Stadt München auch 2014 engagiertes und aktives Lobbying. Ziel ist, dass Expertinnen und Experten aus München in den politischen Meinungsbildungsprozess auf EU-Ebene eingebunden werden. Lobbying ist vor allem dann erfolgreich, wenn politische Entwicklungen mit Auswirkungen auf München frühzeitig erkannt werden. Dann besteht die Möglichkeit, konkret Einfluss zu nehmen, fundierte Argumente zu finden und Strategien zu entwickeln. Ob es um die Einflussnahme auf Gesetzgebungsverfahren oder um die Beteiligung an Konsultationen geht, ob man möglichst

frühzeitig Informationen erhalten oder direkt in bestimmte Prozesse involviert werden möchte – Lobbying ist ein effizientes Mittel, um in Brüssel Ziele zu erreichen.

Der Fachbereich Europa des Referats für Arbeit und Wirtschaft (RAW) nimmt eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Stadtverwaltung ein und koordiniert alle europäischen Aktivitäten der Landeshauptstadt München.

Die Stellungnahmen der Stadt München sind im Internet abrufbar unter

www.muenchen.de/europa

EUROCITIES stärkt in München die Position der Großstädte

Es war der Höhepunkt der kommunalen Europaarbeit, als die Wahl des Austragungsorts für die EUROCITIES-Jahreskonferenz 2014 auf München fiel. Die Vorbereitung auf die Veranstaltung war arbeitsintensiv, aber lohnend. Denn mehr als 550 internationalen Gästen präsentierte sich die Landeshauptstadt als chancenreicher Wirtschaftsstandort, als Stadt, die die Energiewende in Europa aktiv und richtungweisend mitgestaltet, als attraktive Kulturmetropole und als aufmerksame Gastgeberin.

Anna Lisa Boni, die Generalsekretärin von EUROCITIES, zog eine positive Bilanz: „Ich habe in München nahezu 100 politische Repräsentantinnen und Repräsentanten getroffen, um erfolgreiche Ansätze auszutauschen, wie Europas Städte dazu beitragen können, nachhaltige Energie und effiziente Energienutzung voranzubringen. Die Münchner Konferenz war sehr elektrisierend, um neuen innovativen Ansätzen in Europas Städten zum Durchbruch zu verhelfen.“

Tradition und Moderne

Wie ihr ging es vielen Gästen, die begeistert waren von München als Stadt, die Tradition und Moderne ganz selbstverständlich lebt. Sie tagten im historische Rathaus-Ambiente, feierten in der futuristischen BMW Welt und im traditionsbewussten Hofbräuhaus, und erlebten an zwei Tagen im Gasteig einen perfekten Konferenzort um Know-how auszutauschen und neben intensiven politischen Gesprächen auf privater Ebene das „Familiengefühl“ innerhalb des europäischen Städtenetzwerks zu stärken.

„Städte bieten das größte Potenzial für Veränderungen. Wir dürfen uns nicht nur auf unsere nationalen Regierungen verlassen, sondern müssen eigenständig daran arbeiten, die Energieeffizienz unserer Städte zu verbessern. Wir alle

können viel bewegen: Lassen Sie uns die besten Lösungen gemeinsam entwickeln!“ Mit dieser Aufforderung zum Wissenstransfer und Netzwerken hatte Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter die EUROCITIES-Jahreskonferenz 2014 im Carl-Orff-Saal im Gasteig zum Thema „Energising Cities – energy intelligent cities of tomorrow“ eröffnet. München gehe mit gutem Beispiel voran, so Reiter. „Wir wollen im Jahr 2025 so viel Ökostrom selbst erzeugen, wie wir verbrauchen. Damit wären wir die erste Millionenstadt weltweit, die das erzielt.“ Die Ausbauoffensive Erneuerbare Energien der Stadtwerke München (SWM) geht allerdings noch darüber hinaus. München soll bis 2040 zur ersten deutschen Großstadt werden, in der Fernwärme zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewonnen wird.

Wie kann eine Stadt gut werden?

Keynotespeaker bei der Eröffnung der Konferenz im Carl-Orff-Saal im Gasteig war der Brite Simon Anholt. Erstmals bei einer öffentlichen Veranstaltung sprach der unabhängige Politikberater über das Konzept von „good cities“, also „guten“ Städten im



Sinne von nachhaltigen Orten. Wie kann eine Stadt gut werden, und warum ist Gutsein für das globale Zusammenleben wichtig? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt. Für Anholt, der Länder- und Stadtregierungen in mehr als 50 Nationen berät, war die Antwort klar: Jeder Politiker muss sich darüber im Klaren sein, dass er nicht nur Verantwortung für seine eigene Stadt und seine Bürgerinnen und Bürger, sondern für alle Menschen der Erde hat. Sein Handeln hat Auswirkungen über seine eigene Kommune hinaus. Er wünschte sich eine neue Kultur, die beinhaltet, an das große Ganze auch bei lokalen Entscheidungen zu denken.

Zukunftsvisionen und Strategien

Einer der Höhepunkte der Jahreskonferenz war die Mayors' Debate. Auf zwei Podien diskutierten die Bürger-

meister Vitali Klitschko (Kiew), Yorgos Kaminis (Athen), George Ferguson (Bristol), Ullrich Sierau (Dortmund), Stian Berger Røslund (Oslo) sowie die Bürgermeisterinnen Anna-Kaisa Ikonen (Tampere) und Corine Mauch (Zürich) darüber, wie Städte dazu beitragen können, den Klimawandel zu mindern und die Umstellung auf nachhaltige Energien zu ermöglichen. Sie trafen mit Vertretern der Unternehmenspartner der Konferenz, BMW und Siemens und Stadtwerke München (SWM), sowie mit Vertretern der Bürgergesellschaft zusammen. Und sie präsentierten Visionen und Strategien für energie-intelligente Städte über das Jahr 2030 hinaus. Die Frage, wer in diesem Prozess eine

tragende Rolle spielt und wie Bürgerinnen und Bürger miteinbezogen werden können, stand ebenfalls im Mittelpunkt.

Die Konferenz wurde begleitet von einer Ausstellung im Foyer des Gasteig mit Ideen zur energie-intelligenten Stadt und den Partnern: BICCNET – Der bayerische Cluster für Informations- und Kommunikationstechnologie, BMW Group, den Städten Kopenhagen, Malmö und München (Referat für Stadtplanung und Bauordnung), EUROCITIES, Green City e.V., GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH, Eurhonet, Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG), Siemens, SWM – Stadtwerke München, TU München, TRANSFORM Transformation Agenda for Low Carbon Cities und Urban Platform Danube Region.

Münchens OB Dieter Reiter zwischen Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko (rechts) und Warschaws Vize-Bürgermeister Michal Olszewski.





Münchens OB Dieter Reiter (links), Anna Lisa Boni, die EUROCITIES-Generalsekretärin (Bild oben), und Bürgermeister Josef Schmid (unten) im Gespräch.

Awards für Energieeffizienz und nachhaltige Energieversorgung

Bei der Verleihung der EUROCITIES Awards in der BMW Welt standen wegweisende Projekte im Kontext des Konferenzmottos „Energising cities – energy intelligent cities of tomorrow“ im Mittelpunkt. Mit Projekten zu Energieeffizienz und nachhaltiger Energieversorgung und -nutzung hatten sich in drei Kategorien 19 europäische Städte um den EUROCITIES Award beworben.

Neun Städte kamen in die Endauswahl, Projekte zum Thema energetische Sanierung lagen in allen Kategorien vorn. Die Sieger waren: Liverpool in der Kategorie Kooperation, Wilna in der Kategorie Innovation und Malaga bei der Partizipation. In dieser Kategorie erhielt Den Haag als zweitplatzierte Stadt eine Anerkennung für besonders bürgernahe Projekte auf lokaler Ebene zur nachhaltigen Stadtentwicklung.

Liverpool gewann den Award mit einem Projekt, bei dem es um Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Sozialwohnungen und Haushalten mit niedrigem Einkommen geht. Sechs Verwaltungsbehörden und sechs öffentliche Wohnungsbaugesellschaften schlossen sich zusammen, um die Energieeffizienz von 4000 Sozialwohnungen und 40 mittelständischen Unternehmen in einem benachteiligten Stadtteil von Liverpool unter ande-

rem mithilfe kohlenstoffarmer Technologien zu erhöhen. Die Orientierung an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner hat Pilotcharakter.

Wilna wurde für seine interaktive Energieeffizienz-Karte von Bestandsgebäuden ausgezeichnet. Die Karte soll die Bewohner dazu anregen, ihr eigenes Energieverhalten zu überprüfen und sie mit konkreten Ratschlägen dazu ermuntern, Energie effizienter zu nutzen.

Vor allem dem Engagement des Oberbürgermeisters von Malaga, Francisco de la Torre Prados, ist es zu verdanken, dass ein sozialer Brennpunkt der Stadt zur energetischen Sanierung ausgewählt wurde. Bei der Verbesserung der Energieeffizienz einer Sozialwohnungssiedlung („Los Limoneros“) wurden die Bewohnerinnen und Bewohner aktiv miteinbezogen, um den Zusammenhalt zu verbessern.

Mit guten Beispielen vorangehen

Münchner Vorzeigeprojekte standen im Mittelpunkt der Workshops, die das Referat für Arbeit und Wirtschaft gemeinsam mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung und dem Sozialreferat sowie zahlreichen weiteren Partnern organisierte.

Energiegerechte Stadtentwicklung in München Freiam und Neuaubing

Der Workshop stellte das Konzept der „Energiegerechten Stadtentwicklung“, das Stadtentwicklung und Energieversorgung sowie energetische Sanierung integriert, in den Mittelpunkt. Der bestehende Stadtteil Neuaubing und der erst entstehende Stadtteil Freiam werden verbunden, um voneinander zu profitieren. Ein Ausflug führte zum Standort des künftigen Geothermie-Kraftwerks, das regenerative Fernwärme erzeugen und im Rücklauf Freiam mit Niedertemperatur-Fernwärme versorgen wird. Vor Ort wurden Fragen der praktischen Umsetzung, der Energiearmut von Haushalten und der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung smarter Stadtteile im internationalen Austausch diskutiert. Tenor: Es ist wichtig, die Bedürfnisse der Bevölkerung bei allen Maßnahmen von Beginn an zu beachten sowie ihre Mitwirkung an der energetischen Transformation der Städte zu fördern und zu nutzen.



Verkehr und Stadterneuerung am Beispiel Pasing

Das Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer konzentrierte sich auf die Frage, wie der bestehende, historisch gewachsene Stadtteil Pasing auf die neuen Herausforderungen insbesondere des Energiesparens in der Stadt- und Verkehrsplanung vorbereitet beziehungsweise entsprechend gestaltet und umgewandelt werden kann. Dazu wurden die vorhandenen

Verkehrsanlagen für den Nah-, Stadt- und Fernverkehr optimal miteinander verknüpft, die Verkehrsflächen reduziert und zugunsten des Aufenthalts und der Nahmobilität umgestaltet. Auf besonderes Interesse stieß die durchgängig barrierefreie Gestaltung der Umsteigeanlagen am Bahnhof und zu Tram und Bus sowie zu den überdachten Abstellanlagen für Fahrräder und die verkehrsberuhigte Gestaltung der Einkaufsbereiche, die nur aufgrund des Baus der Umgehungsstraße (Nordumfahrung Pasing) möglich wurde.



Mobilitätsstation Münchner Freiheit: Multimodalität zum Anfassen

Im Rahmen der EUROCITIES-Jahreskonferenz wurde die erste Mobilitätsstation der Stadt an der Münchner Freiheit eröffnet, ein mit U-Bahn, Bus und Tram wichtiger Knoten im Münchner Nahverkehr. Dort sind nun sechs Stellplätze für CarSharing-Angebote reserviert, zwei davon für Elektroautos. Dass diese immer genutzt werden können, garantiert eine SWM-Ladestation. Bis Mitte 2015 wird an der Mobilitätsstation zudem das öffentliche Mietrad-System „MVG Rad“ installiert. Eine Informationsstele zeigt an, welche Verkehrsmittel gerade zur Verfügung stehen. Die Münchner Mobilitätsstation ist ein Pilotprojekt, das es in dieser Form sonst weder in Deutschland noch in Europa gibt.

Gscheid mobil – Nachhaltige Mobilität durch Mobilitätsmanagement

Das Kreisverwaltungsreferat (KVR) bietet in Zusammenarbeit mit der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) ein breites Mobilitätsberatungsangebot unter der Marke „München – Gscheid mobil“ und ist damit europaweit beachteter Vorreiter. Um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops ein lebendiges

Bild des umfangreichen Angebots zu vermitteln, wurde eigens ein Film über die Angebote von „Gscheid mobil“ produziert und gezeigt. Zusätzlich wurden einzelne Bausteine des Angebots im Workshop live vorgeführt und anschließend Transfermöglichkeiten diskutiert. Weitere Programmpunkte waren ein Fahrgasttraining mit Alterssimulationsanzügen sowie das Theaterstück „Let's go“ für Jugendliche zum Thema Mobilität.

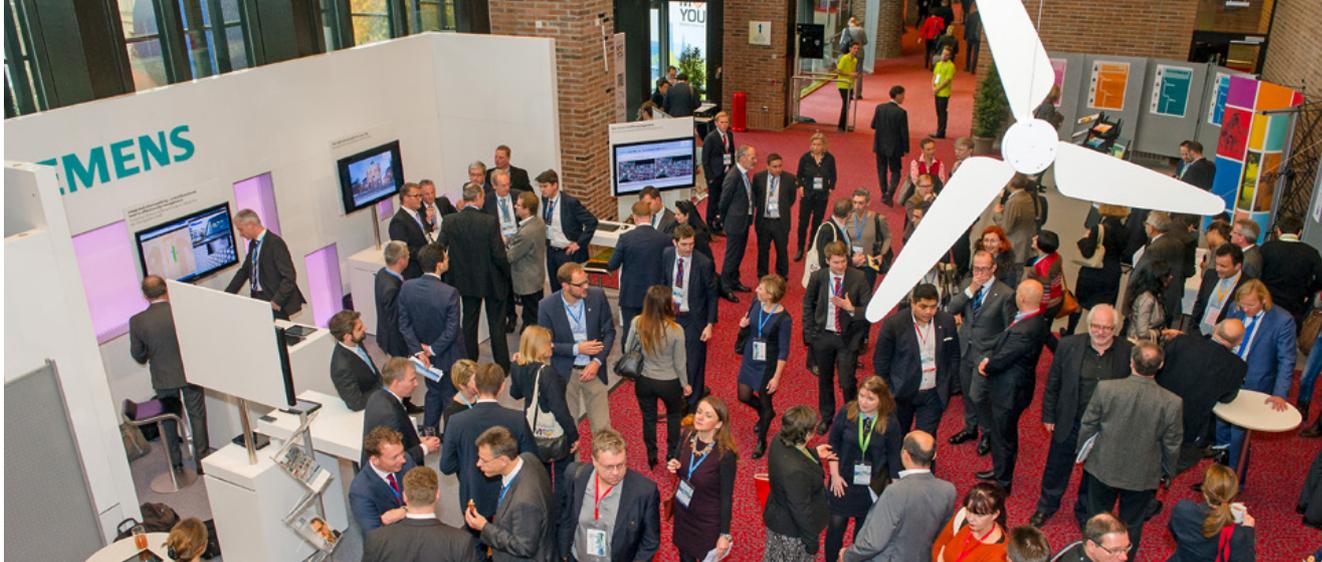
Lokale Netzwerke für den Klimaschutz

Mit dem E-Bus ging es zum Klinikum Schwabing, wo die Netzwerke „München für Klimaschutz“ und Ökoprofit an zwei Best-Practice-Beispielen vorgestellt wurden. Im ersten Beispiel wurde durch den Einsatz hocheffizienter Wärmerückgewinnungssysteme deutlich Energie eingespart. Das zweite Beispiel zeigte, wie auf möglichst umweltfreundliche Weise der Transport von Patienten zwischen den einzelnen Standorten der städtischen Krankenhäuser abgewickelt werden kann. Hierzu wird ein E-Taxi eingesetzt, das über eine Solaranlage auf dem Gelände des Krankenhauses mit Ökostrom aufgeladen wird.

Ausbauoffensive für erneuerbare Energien

Intensive Gespräche und großes Interesse löste die Ausbauoffensive der Stadtwerke München (SWM) aus. Mit den bereits angestoßenen oder realisierten Projekten verfügen die SWM nach deren Fertigstellung über eine Erzeugungskapazität von mehr als 3,5 Milliarden kWh Ökostrom in eigenen Anlagen. Das entspricht bereits knapp 47 Prozent des Münchner Stromverbrauchs und ist schon deutlich mehr, als alle rund 800 000 Münchner Haushalte sowie U-Bahn und Tram benötigen. Weitere Projekte (insbesondere Windenergie) mit erheblichem Potenzial sind in Planung. Die im Workshop besuchten Anlagen Wasserkraftwerke Isarwerk II und Praterkraftwerk wurden als vorbildhaft bewertet.





Die Fachreferate bringen ihre Expertise in den EUROCIITIES-Arbeitsgruppen ein

München nutzt das Städtenetzwerk EUROCIITIES, um städtische Positionen in den europäischen Politikprozess einfließen zu lassen und mit Kolleginnen und Kollegen anderer Städte intensiv über gemeinsame Probleme und wirksame Lösungen zu beraten. Auch 2014 waren die Fachreferate in vielen Arbeitsgruppen aktiv.

Arbeitsgruppe Jugend und Kultur

Die Sitzung der Arbeitsgruppe Jugend und Kultur im März 2014 fand im Rahmen des Kulturforums im Nervecenter in Derry statt. Das Nervecenter gilt als bedeutendstes autonomes Kunst- und Medienzentrum Nordirlands und beinhaltet eine Vielzahl an Räumen und Projekten für unterschiedlichste Sparten und Zielgruppen. Die Arbeitsgruppe – das Kulturreferat ist Mitglied – beschäftigte sich primär mit dem umfangreichen Vermittlungs- und Bildungsprogramm des Nervecenters, einschließlich des dort angegliederten FabLabs. Für München besonders interessant war der dort praktizierte diversitätsorientierte Ansatz in der Arbeit mit lokalen Gemeinschaften. Beim zweiten Treffen in Straßburg beschäftigte sich die Gruppe vor allem mit dem Arbeitsprogramm und den Arbeitsstrukturen für 2015. Als Schwerpunkt stellte sich dabei das Thema „Qualitätsmanagement in der Kooperation von Schulen und außerschulischen Partnern im Feld der kulturellen Bildung“ heraus.

Arbeitsgruppe Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern

In Derry tagte die Arbeitsgruppe in den Räumen der Echo Dance Theatre Company. In der Sitzung wurde die Weiterentwicklung der im Jahr zuvor von der Gruppe erarbeiteten Studie „European Cities and Cultural Mobility – Trends and Support Actions“ diskutiert, die als Evaluation Aufschluss über die Wirksamkeit der Städtestrategien zum Förderinstrumentarium der künstlerischen Mobilität geben sollte. Dieses Vorhaben stellte sich in den Monaten nach der Sitzung allerdings als nicht finanzierbar heraus, da die meisten Städte keine Haushaltsmittel dafür zusicherten. Unabhängig davon übergab Nantes nach vier Jahren den Vorsitz der Arbeitsgruppe an Turin.

Die Sitzung der Arbeitsgruppe in Straßburg fand in den Räumen des CEAAC (European centre of contemporary arts) statt. Die renommierte Einrichtung unterhält sehr viele

internationale Beziehungen und bietet Gastkünstlerinnen und -künstlern im Rahmen von Artist-in-Residence-Programmen die Möglichkeit, in den Räumen des CEAAC auszustellen, vermittelt aber auch selbst Künstlerinnen und Künstler aus Straßburg ins Ausland. Angesichts der Zunahme von Flucht und Vertreibung und angesichts des Selbstverständnisses der gastgebenden Stadt Straßburg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte wurde diskutiert, wie Künstlerinnen und Künstler aus den betroffenen Ländern stärker unterstützt werden könnten. Dabei wurde auch die Münchner Beteiligung am Writers-in-Exile-Programm des deutschen PEN vorgestellt.

Arbeitsgruppe Integrierte Stadtentwicklung

Drei Jahre lang wurde die Arbeitsgruppe Integrierte Stadtentwicklung vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung geleitet. 2014 verstärkte sie den Austausch mit der AG Wohnen (Sozialforum). Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Städte, meist mit Wachstumsdruck konfrontiert, Verdichtung und Transformation kommunizieren und Beteiligung verwirklichen. Welche Instrumente werden genutzt, welche Prozesse eingeleitet, um die Stadtentwicklung mit allen Akteurinnen und Akteuren der Stadtgesellschaft gemeinsam zu gestalten? Die Städte Dresden, Stockholm, Utrecht, München, Wien und Zürich präsentieren Beispiele in der Publikation „In Dialogue about Urban Transformation“, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung herausgegeben und von EUROCIITIES unterstützt wurde. München präsentiert sich mit seinen Plänen, im Nordosten die künftige Stadtentwicklung im Einklang mit der Landschaft umzusetzen.

Arbeitsgruppe Wohnungswesen

Das Sozialreferat nahm an der gemeinsamen Tagung der EUROCIITIES-Arbeitsgruppen „Wohnungswesen“ und „Integrierte Stadtentwicklung“ im November 2014 in München teil. Themen waren die energetische Sanierung von Wohnungen und Wohngebäuden und der Beitrag von „Grüner Infrastruktur“, das sind unter anderem Dachgärten oder begrünte Fassaden zur Klimaanpassung und Energieeinsparung. Expertinnen und Experten der Fraunhofer Gesellschaft und der Städte Wien und Amsterdam präsentierten verschiedene technische Lösungen und Förder-

programme zum energieeffizienten Wohnungsbau (Neubau und Bestand) sowie zur Energieberatung. Besonders schwierig ist es, Eigentümergeinschaften für Sanierungsmaßnahmen zu gewinnen. Der internationale Austausch wird fortgesetzt, um vorhandene Angebote noch besser zu gestalten und eine stärkere Nutzung zu erreichen. Besonders muss darauf geachtet werden, dass bei Maßnahmen zur Energieeffizienz die Mieten bezahlbar bleiben.

Arbeitsgruppe Luftqualität, Klimawandel und Energieeffizienz

Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat an allen drei Sitzungen des Jahres 2014 teilgenommen. Diese fanden jeweils im Rahmen des Umweltforums statt. Hauptschwerpunkt der Arbeit des Referats in der Arbeitsgruppe ist die Weiterentwicklung der europäischen Luftqualitätsrichtlinie. Nachdem die Möglichkeiten der Städte, die Luftbelastung durch stadtplanerische und verkehrliche Maßnahmen unter die Grenzwerte zu drücken, allein nicht ausreichen, tritt das Referat für Gesundheit und Umwelt insbesondere für verstärkte technische Maßnahmen bei den Emissionsquellen (zum Beispiel bei den Fahrzeugen) ein. Die Position der LHM wurde über EUROCITIES an die zuständigen Stellen der Europäischen Kommission sowie an die politischen Gremien in Brüssel (unter anderem RGRE) herangetragen. Ein weiterer Schwerpunkt sind der Klimawandel und die Anpassungsmaßnahmen, die in den Städten vorgenommen beziehungsweise geplant werden. Hierbei geht es derzeit vor allem um den Informations- und Erfahrungsaustausch für die Entwicklung des Münchner Handlungsprogramms.

Arbeitsgruppe Migration und Integration

Bezugsrahmen für die Aktivitäten der Arbeitsgruppe Migration und Integration ist weiterhin die „Integrating Cities Charta“. Sie wurde von der Arbeitsgruppe entwickelt. München gehörte zu den Erstunterzeichnern 2010. Insgesamt haben sich inzwischen 33 europäische Städte den Prinzipien der Charta verpflichtet. In Kürze wird auch Toronto als erste außereuropäische Stadt beitreten. Die Arbeitsgruppe organisierte gemeinsam mit der Forschungseinrichtung COMPAS einen runden Tisch zum Thema „undocumented migrants“ in Barcelona.

2014 wurde an der Erstellung des zweiten „Integrating Cities Report“ gearbeitet, der 2015 veröffentlicht wird. Zurzeit findet eine Befragung der 33 Unterzeichnerstädte statt, die die Grundlage für den Bericht darstellt.

Arbeitsgruppe Kommunale Daseinsvorsorge

Seit 2013 hat München den Vorsitz. Schwerpunkt der Arbeitsgruppe ist das Lobbying gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts und der Dienstleistungen. Wichtig ist aber auch der Informationsaustausch zu aktuellen europäischen Rechtsproblemen, insbesondere bei öffentlichen Beihilfen und Auftragsvergaben. Von Belang für München war unter anderem die aktuelle Information zum Thema Beihilfe für sozialen Wohnungsbau und Einheimischen Modelle. Hier sind Städte aus Holland und Frankreich sehr aktiv. Profitieren konnte München auch von den Lobbying Aktivitäten der Londoner, die sich insbesondere bei der Überarbeitung des vierten Eisenbahnpakets und der Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße engagierten. Dieser Austausch führte schließlich dazu, dass München sich mit einem Schreiben des Zweiten Bürgermeisters Josef Schmid gegen eine geplante Regelung im Verordnungsentwurf wandte, der mögliche negative steuerliche und finanzielle Auswirkungen für die MVG hätte.

Arbeitsgruppe Barrierefreie Städte für alle

Bei der Sitzung im März befasste sich die Arbeitsgruppe speziell mit der Entwicklung der Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln in Barcelona. 85 Prozent der U-Bahnhöfe sind inzwischen mit Aufzügen versehen und dort, wo der Einstieg in die U-Bahn zu hoch ist, wurde der gesamte Bahnsteig mit Metallrampen versehen. An den Bushaltestellen, die noch nicht erhöht sind, gibt es Kunststoffplattformen, die den Höhenunterschied von der Haltestelle in das Fahrzeug überbrücken. Die Ticketautomaten sind alle mit einer Sprachausgabe für blinde Menschen versehen. Die zweite Tagung fand im Oktober während des Mobilitätsforums in Venedig statt. Planerinnen und Planer und Verantwortliche des Bauamts Venedig stellten ihr Konzept der Barrierefreiheit in der Lagunenstadt vor.



Nantes übernimmt EUROCITIES-Präsidentschaft

Mit der Jahreskonferenz endete die EUROCITIES-Präsidentschaft von Warschau. Hanna Gronkiewicz-Waltz, Bürgermeisterin von Warschau, übergab die Präsidentschaft offiziell an Johanna Rolland, Bürgermeisterin von Nantes, die ihre Vision für EUROCITIES folgendermaßen skizzierte: „Eine starke EUROCITIES-Position für eine Agenda der Städte innerhalb der EU wird dazu beitragen, dass die neue Kommission sich weiterhin aktiv um die Belange der Städte kümmert. Wir werden weiterhin das Profil unseres Netzwerks fortentwickeln und sicherstellen, dass die Städte ein größeres Mitspracherecht bei den politischen Entscheidungen haben, die ihre Bürger betreffen.“ Gent, vertreten durch Bürgermeister Daniël Termont, übernimmt die Vizepräsidentschaft.

Anna Lisa Boni, EUROCITIES-Generalsekretärin (links), und Johanna Rolland, Bürgermeisterin von Nantes.

Sozialforum macht sich für Bürgerbeteiligung stark



Newcastle

Das EUROCITIES-Sozialforum im März 2014 in Barcelona stand unter dem Motto „Building inclusive cities within the Social Investment Package“. Aktuell ist das Sozialreferat in den Arbeitsgruppen Wohnungswesen, Migration und Integration sowie Roma-Integration vertreten.

In der einführenden Plenumsdebatte stand unter anderem die Beteiligung der lokalen Bevölkerung im Mittelpunkt. So berichtete der Vertreter aus Manchester von erfolgreichen Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern unter dem Motto „Let’s talk“, wie das städtische Budget verwendet werden soll. Auch in Warschau gibt es wöchentliche Debatten mit den Einwohnerinnen und Einwohnern, die zuerst nur von wenigen, dann aber von vielen genutzt und angenommen wurden. Im Rahmen des Forumstreffens fand ein Austausch von politisch gewählten Amtsträgern statt, an dem der Münchner Stadtrat Dr. Otto Bertermann von der Fraktion Bürgerliche Mitte teilnahm.

Parallel dazu gab es Arbeitsgruppen. Im Workshop „Lokale Partnerschaften“ ging es anhand mehrerer Beispiele aus Barcelona sowie aus Gent um die Notwendigkeit von Partnerschaften zwischen lokalen Behörden und privaten Initiativen. So gibt es zum Beispiel in Raval, einem Stadtviertel von Barcelona (etwa 50 000 Einwohner mit 70 verschiedenen Nationalitäten, 300 Organisationen), Arbeitsgruppen, die alle Gruppierungen aus

dem Viertel einbeziehen. Entscheidungen werden gemeinsam gefällt. Als „study visits“ wurde der Besuch von Projekten zu „Innovativen Wohnformen für alte Menschen und Obdachlose“ angeboten.

Campus für aktives Altern

Bei der Versammlung des Forums im Oktober in Newcastle wurde der Leipziger Bürgermeister Thomas Fabian zum Vorsitzenden gewählt. Den Vizevorsitz übernimmt die Stadt Barcelona mit Irma Rognoni Viader. Erstmals nahm auch das Referat für Bildung und Sport teil. Schwerpunkte waren soziale Investitionen und innovative Ansätze für integrierte soziale Dienstleistungen. Mehr als 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich ein Bild von unterschiedlichen Projekten machen: Campus für aktives Altern und Vitalität, Die „Kompetenz Mühle“ – Erreichen der am stärksten Ausgeschlossenen, Ausbildungs- und Arbeitsprogramme für Menschen mit Behinderungen, Jugendbeschäftigung und Jugend-Garantie. Zudem boten verschiedene Formate die Möglichkeit, sich mit Expertinnen und Experten auszutauschen und gemeinsam Projektideen zu Themen wie Schulzertifikate für Menschen mit mentalen Krankheiten, Roma Netz, Verringern von Ungleichheiten in sozialen Determinanten von Gesundheit oder Lern- und Arbeitsprojekte mit „verhaltensauffälligen“ Jugendlichen zu entwickeln.

ÖKOPROFIT beim Economic Development Forum

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft präsentierte das Umwelt- und Klimaberatungsprojekt ÖKOPROFIT beim Economic Development Forum von EURO-CITIES in Utrecht. In München wird ÖKOPROFIT bereits seit 1998 gemeinschaftlich vom Referat für Arbeit und Wirtschaft und dem Referat für Gesundheit und Umwelt sowie in Kooperation mit der IHK München und Oberbayern, dem Abfallwirtschaftsbetrieb München und der Stadtwerke München GmbH durchgeführt. Die Landeshauptstadt fördert mit ÖKOPROFIT Unternehmen jeder Größe und aus allen Branchen bei der Verbesserung des betrieblichen Umwelt- und Klimaschutzes. Unterstützt durch eine externe Beratungsgesellschaft erarbeiten die teilnehmenden Betriebe in Workshops und Einzelberatungen vor Ort praxisnahe Maßnahmen, deren Umsetzung Kosten senkt und die Umwelt entlastet. Behördenvertreter aus London, Lissabon, Oslo und Wien zeigten sich sehr interessiert an ÖKOPROFIT und dessen Übertragbarkeit auf weitere europäische Länder.

Europäische Städte wollen gemeinsam den Klimawandel aufhalten

Der 16. Oktober 2014 war ein Meilenstein für die „Mayors Adapt“-Initiative der Europäischen Kommission, mit der sich mittlerweile 100 europäische Städte dazu verpflichtet haben, sich mit gezielten Maßnahmen dem Klimawandel anzupassen. München ist die bisher einzige bayerische Stadt, die sich der Initiative angeschlossen hat.

Bei der offiziellen Unterzeichnungszeremonie in Brüssel begrüßte die europäische Kommissarin für Klimapolitik, Connie Hedegaard (Dänemark), engagierte Bürgermeister aus ganz Europa, darunter Münchens Zweiter Bürgermeister Josef Schmid. Während der eintägigen Feierlichkeiten diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber, wie Städte den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels besser entgegenwirken können.

Mehr Unterzeichner als erwartet

Umweltkommissarin Hedegaard erklärte: „Als wir die „Mayors Adapt“-Initiative im März dieses Jahres lanciert haben, war es unser Ziel, bis Ende des Jahres mindestens 50 Städte zu vernetzen. Jetzt sind es bereits 100, und weitere stehen in der Warteschleife. Unsere Städte sind dabei, ihre Kräfte für die Bekämpfung des Klimawandels zu mobilisieren. Dies ist eine gute Nachricht für Bürger und Wirtschaft. Vorsorge statt Nachsorge zahlt sich aus – und kann Leben retten.“

Die Unterzeichnerstädte umfassen kleinere Kommunen wie Agueda in Portugal und Zwijndrecht in Belgien, aber auch Metropolen wie Barcelona, Kopenhagen, Frankfurt, Glasgow, Lissabon, München, Neapel und Rotterdam. Der ehemalige Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, wandte sich mit einer Videobotschaft an die Teilnehmer, und Christiana Figueres, Generalsekretärin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, war per Videolink live dabei. Auch der für Regional- und Städtepolitik zuständige EU-Kommissar, Johannes Hahn, nahm teil.

Städte sind besonders anfällig

Die „Mayors Adapt“-Initiative wurde im Rahmen der erfolgreichsten Initiative Covenant of Mayors im März 2014 lanciert. Während sich letztere auf Maßnahmen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen konzentriert, liegt der Schwerpunkt von Mayors Adapt auf Anpassungsmaßnahmen. Als wichtige Bevölkerungs- und Infrastrukturzentren sind Städte besonders anfällig für Wetterextreme und nachteilige Klimaauswirkungen. Städte spielen bei der Durchführung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen eine wichtige Rolle.

Indem sie sich der „Mayors Adapt“-Initiative anschließen, werden Kommunalbehörden bei lokalen Klimaschutzmaßnahmen unterstützt, können dieses Forum für die Zusam-

News aus den Netzwerken

CEMR unterstützt Ukraine

Das Policy Committee des Council of European Municipalities and Regions (CEMR) wählte Anfang Dezember 2013 in Prag eine neue Präsidentin, nachdem der ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Wolfgang Schuster, nicht mehr zur Verfügung stand. So wurde nach mehr als 60 Jahren mit Annemarie Jorritsma, Bürgermeisterin von Almere (Niederlande), zum ersten Mal eine Frau als Präsidentin gewählt. Die Nominierungen der nationalen Sektionen für das Policy Committee, so auch die der deutschen Sektion, wurden unverändert bestätigt. Damit vertritt nun Stadträtin Lydia Dietrich (Die Grünen) München im Policy Committee. Inhaltlich wurde 2014 eine Deklaration zur Situation in der Ukraine verabschiedet, nachdem die ukrainischen Mitglieder des Komitees um Unterstützung für den proeuropäischen Kurs der Ukraine warben. Neben einer Deklaration zur

Europawahl 2014 wurde mit Nikosia der Austragungsort der Generalversammlung des CEMR 2016 gewählt.

Gender Equality Forum

Beim Gender Equality Forum des CEMR in Stockholm stand die Umsetzung der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Mittelpunkt der Diskussion. Europaweit haben mittlerweile viele Kommunen unterzeichnet, deutschlandweit sind es 35, allerdings heißt dies noch nicht, dass die Charta auch umgesetzt ist. Dazu braucht es Aktionspläne und die Implementierung dieser Pläne in der Verwaltung. München geht einen anderen Weg, München unterschreibt erst, wenn auch die Aktionspläne zur Umsetzung fertiggestellt sind.

Durch Bildung das Interesse am Gemeinwohl fördern

Die Landeshauptstadt München ist

unter der Federführung des Referats für Bildung und Sport seit 2003 Mitglied in der International Association of Educating Cities (IAEC) und derzeit das einzige deutsche Mitglied. Unter dem Titel „An educating city is an inclusive city“ fand vom 13. bis 15. November 2014 in Barcelona der 13. internationale Kongress der Educating Cities statt. Es wurden Vorschläge erarbeitet, um Städte weltweit in ihren inklusiven Bildungsansätzen zum Wohle der sozialen Sicherheit und Gesundheit aller zu unterstützen. Die Städte dieses Netzwerkes wollen Solidarität, Respekt und das Interesse am Gemeinwohl fördern. Im Rahmen der Absprachen der territorialen Netzwerke verstärkten die nordeuropäischen Mitgliedsstädte ihre Beziehungen und sprachen sich für eine stärkere Kooperation aus. So beschlossen Vertreterinnen und Vertreter aus Göteborg (Schweden), Ishøj (Dänemark), München (Deutsch-

Links im Bild Münchens Bürgermeister Josef Schmid auf dem Podium in Brüssel.

menarbeit nutzen und profitieren von einer besseren Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Klimaanpassung und die dazu erforderlichen Maßnahmen.

Herausforderungen durch Wachstum

„Der Klimawandel stellt auch die Landeshauptstadt München vor Herausforderungen“, sagte Bürgermeister Schmid. „München ist eine stark wachsende Stadt. In den nächsten 20 Jahren rechnen wir mit einer Bevölkerungszunahme von rund 200 000 Einwohnern. Die Herausforderung besteht darin, Wachstum und gleichzeitig bestmögliche stadtklimatische Bedingungen zu vereinbaren, um für gute und gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen.“

Mit dem Thema Anpassung beschäftigt sich München seit einigen Jahren. 2012 wurde die Leitlinie „Ökologie, Klimaschutz und Klimawandel“ im Stadtrat vorgestellt. Derzeit erarbeitet die Landeshauptstadt ein Konzept zur Anpassung an den Klimawandel in enger Kooperation mit den relevanten Akteuren in München. „Dabei wollen wir auf bestehenden Maßnahmen aufbauen und München klimafit für die Zukunft machen“, sagt Schmid, der Teilnehmer auf dem Podium war. Als gutes Beispiel, um sich an Veränderungen der Niederschlagsmuster anpassen zu können, nannte er den Isar-Plan, die acht Kilometer lange Renaturierung der im 19. Jahrhundert kanalisierten Isar im Münchner Stadtgebiet.



Selbstverpflichtung zum Klimaschutz

Den Grundstein für die „Mayors Adpat“-Initiative hatte der Konvent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit der Unterzeichnung der freiwilligen Selbstverpflichtung zum Klimaschutz gelegt. München gehört dem Konvent seit 2009 an. In dieser Erklärung verpflichteten sich die Mitglieder des Konvents, bei der Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen durch Energieeffizienz und durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien über die Klimaschutzziele der EU hinauszugehen. Um Städte aufzurufen, sich darüber hinaus auf bereits eingetretene und zu erwartende Veränderungen des Klimas anzupassen, wurde die weiterführende freiwillige Selbstverpflichtung zur Anpassung an den Klimawandel initiiert.

land), Espoo, Helsinki und Tampere (Finnland) innerhalb einer IAEC Nord-europa-Arbeitsgruppe unter der Koordination von Helsinki, intensiver zusammenzuarbeiten.



Future of Cities Forum zu Gast in München

Stadträtin Ulrike Boesser (SPD) eröffnete in Vertretung des Oberbürgermeisters das Future of Cities Forum des World Future Councils im Oktober in München. Es war gleichzeitig die Abschlusskonferenz des EU-Projekts

„IMAGINE“. Die Landeshauptstadt München war Partnerin von „IMAGINE“ und ist Mitglied des Netzwerkes Energy Cities seit 1999. Bei „IMAGINE“ wurden Ideen und Konzepte für die klimafreundliche Stadtplanung der Zukunft entwickelt. Das Treffen förderte unter anderem den Austausch von Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Verwaltung, der Wissenschaft, der freien Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft. In München waren 100 Vertreterinnen und Vertreter aus 19 Nationen zu Gast. Das Future of Cities Forum wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, vom World Future Council und von Energy Cities organisiert.

Wie bekämpft man Rassismus in Städten?

Dr. Inci Sieber, SPD-Stadträtin bis zu den Kommunalwahlen im März, trat in dieser Funktion den damaligen

Oberbürgermeister Christian Ude bei der Mitgliederversammlung und der Sitzung des Lenkungsausschusses der European Coalition of Cities Against Racism (ECCAR) am 7. und 8. April in Graz. Dort wurde unter anderem eine geplante App vorgestellt, über die Betroffene nach rassistischen Übergriffen sofort erfahren können, an wen sie sich in der jeweiligen Stadt wenden können. In einer Befragung verschiedener Städte wollte Bologna wissen, welches ihre wichtigsten Probleme sind. Nach dem bisherigen Stand der Rückmeldungen sind das der Bedarf an Wohnraum, die Beteiligung der Zivilgesellschaft und Bildung. ECCAR wird ebenfalls Fragebögen versenden, um einen Überblick darüber zu erhalten, was Städte gegen Rassismus unternehmen. Stadträtin Sieber wurde mit einer Rede verabschiedet. Dabei wurde Münchens Engagement im Einsatz gegen Rassismus gewürdigt.

Neuer Leiter der Münchner Regionalvertretung der Kommission

Joachim Menze ist neuer Leiter der Münchner Regionalvertretung der Europäischen Kommission. Der zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič erklärte: „Ich freue mich sehr, dass wir einen so starken Kandidaten für diese wichtige Position gefunden haben. Joachim Menze bringt einen reichen Erfahrungsschatz mit. Davon wird das Münchener Büro profitieren, sowohl in seiner Kommunikation mit Bürgern und Presse und beim weiteren Ausbau der soliden Beziehungen zwischen Europäischer Kommission und den Landesregierungen und -parlamenten von

Bayern und Baden-Württemberg.“ Joachim Menze ist Jurist und hat zunächst in einer Münchener Kanzlei gearbeitet, bevor er 1993 im Bereich Wettbewerbspolitik bei der Europäischen Kommission anfang. Er hat zudem bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London und beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung in Brüssel gearbeitet. Zuletzt war er als Referatsleiter in der Europäischen Agentur für Meeressicherheit tätig.

Netzwerktreffen: Großes Interesse an Europainformationen

Groß war die Resonanz auf das Netzwerktreffen, zu dem sich im Oktober mehr als 80 EU-Akteure aus München und dem Umland im Rathaus trafen und über aktuelle europapolitische Fragestellungen diskutierten. Münchens Zweiter Bürgermeister Josef Schmid, der als neuer Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft gleichzeitig verantwortlich für die Europaarbeit der Landeshauptstadt ist, hatte Vertreterinnen und Vertreter aller politischen Ebenen, von Organisationen, Verbänden, bildungspolitischen Einrichtungen, der Vertretung der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in München sowie aus Kultur und Wirtschaft zum jährlichen Austausch eingeladen.

Im Fokus stand zum einen der Bürgermeister selbst, der sich – seit der Wahl im Frühjahr erst im Amt – den Münchener Europaakteuren vorstellte. Zum anderen gab es im Laufe des Jahres eine weitere wichtige Personalie: Richard Kühnel übernahm in Berlin die Leitung der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland. Beim Netzwerktreffen berichtete er über die Rolle der Vertretung sowie über wichtige anstehende Themen wie das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, Arbeitsmigration und Partizipation.

Für eine Mehr-Ebenen-Politik

Bürgermeister Schmid machte sich unter anderem für eine Urban Agenda stark. Städte wüssten, was sie zu einem

intelligenten, nachhaltigen und sozialen Wachstum beitragen können, sagte er. „Denn es sind die Städte, die eine Vielzahl von Herausforderungen bewältigen und tagtäglich Lösungen finden müssen: angefangen von Fragen im Bereich der Daseinsvorsorge über die Energieeffizienz oder der nachhaltigen Mobilität – Stichwort CO₂-Einsparungen – bis hin zu dringenden sozialen Fragen wie die der Integration.“ Nicht zuletzt deshalb sei es eine langjährige Forderung der Städte Europas, im Rahmen einer „Multi-Level Governance“ oder Mehr-Ebenen-Politik eine größere Rolle in den europäischen Entscheidungsprozessen zu spielen. Es sei eine junge Entwicklung, aber es ist festzustellen, dass diese größere Rolle von den europäischen Institutionen, vor allem seitens der Europäischen Kommission, zunehmend anerkannt werde.



Richard Kühnel (links)
und Bürgermeister
Josef Schmid.

Luftreinhaltung: 2014 wenig Neues aus Brüssel

Das Luftqualitätspaket „Saubere Luft für Europa“ ist ein wichtiges Instrument für die Städte und Regionen Europas, auch für München. Wegen der Europawahlen wurde das Luftqualitätspaket sowohl im Parlament als auch im Europäischen Rat nur zögerlich weiter behandelt, obwohl kommunale Netzwerke wie EURO-CITIES und RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) in Stellungnahmen darauf hingewiesen hatten, welche Bedeutung das Paket, das an der Quelle, nämlich bei den Verursachern, ansetzt, für die Regionen und die Städte in Europa hat.

Die Generaldirektion Umwelt hat im November 2014 vor dem Europäischen Parlament verlauten lassen, dass die Kommission ihre „Hausaufgaben“ als erledigt betrachtet und es nun Sache der Mitgliedsstaaten sei, darüber zu entscheiden, mit welchen Maßnahmen sie ihre Immissionsgrenzwerte einhalten wollen. Eine ursprünglich ebenfalls geplante Anpassung der europäischen Luftqualitätsziele, die die Grundlage für die nationalen Immissionsgrenzwerte bilden, ist nach dem derzeitigen Stand nicht mehr vor 2020 vorgesehen. Daher tauchte das Luftqualitätspaket auch nicht mehr im Arbeitsprogramm der neuen Kommission auf.

Emissionshöchstgrenzen senken

Aufgrund von Initiativen von Parlamentsabgeordneten, der Mitgliedsstaaten sowie des RGRE und EURO-CITIES stehen zwei Richtlinien des Luftqualitätspakets jedoch wieder auf der Tagesordnung und sollen 2015 noch vor der Sommerpause im Parlament behandelt werden. Es handelt

sich um die überarbeitete Richtlinie zur Verringerung der nationalen Emissionshöchstgrenzen bestimmter Luftschadstoffe (National Emissions Ceiling Directive – NECD) und die Richtlinie zur Verringerung der Verschmutzung durch mittelgroße Verbrennungsanlagen (Medium Combustion Plant Directive – MCPD).

Beide Richtlinien sind wichtige Instrumente, um europaweit die Hintergrundkonzentrationen für die Luftschadstoffe, für die nationale Immissionsgrenzwerte festgelegt wurden, zu senken. Ohne eine Senkung der Hintergrundkonzentration ist es oft nicht möglich, die geltenden Grenzwerte einzuhalten, da die Kommunen auf diese Schadstoffe keine Einwirkungsmöglichkeiten haben. Dies trifft auch auf die Landeshauptstadt München und ihren Luftreinhaltplan zu.

Stadtratskommission gegen Änderung

Bei der Überarbeitung der EU-Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße wurde vom EU-Parlament ein Änderungsvorschlag eingefügt, der sich negativ auf die Finanzierung von ÖPNV Leistungen auswirken würde. Der Vorschlag betrifft die Einführung eines Unterkompensationsverbotes für Ausgleichsleistungen an die Betreiber öffentlicher Nahverkehrssysteme und würde im Ergebnis dazu führen, dass der steuerliche Querverbund ins Leere läuft. Da hiervon auch die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in München tangiert sein könnte, begrüßte die Stadtratskommission Europa in ihrer Sitzung vom Oktober 2014 den Vorschlag, im Wege der gezielten Interessensvertretung gegen die geplante Änderung vorzugehen. Insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität hielt das

Gremium diesen Eingriff in die kommunale Organisations- und Finanzierungshoheit für unzulässig. Bürgermeister Josef Schmid richtete daraufhin ein Schreiben an die deutschsprachigen Mitglieder des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament, an die zuständige Stelle in der EU-Kommission und die Ständige Vertretung Deutschlands, mit dem er auf diese ungünstige Konsequenz hinwies, und bat, sich für Abhilfe einzusetzen. In Antwortschreiben sowohl von der Europäischen Kommission als auch einiger Europäischer Parlamentarier wurde daraufhin eine kritische Hinterfragung des Verordnungsvorschlages und Abhilfe zugesagt.

Mit Beschluss vom 28.11.2014, der sowohl der EU-Kommission als auch dem Europäischen Parlament zugeleitet wurde, hat sich nun auch der Bundesrat ausdrücklich gegen den Vorschlag, ein Verbot der Unterkompensation einzuführen, ausgesprochen.



TTIP darf Qualität und Vielfalt der Daseinsvorsorge nicht gefährden

Die Stadt München verfügt über ein einzigartiges Spektrum an Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge und bietet so viele Dienstleistungen wie kaum eine andere deutsche Großstadt. Diese Aufgabenbereiche müssen zukunftssicher gemacht werden. Daher engagierte sich München auch 2014 in der Diskussion um das Freihandelsabkommen, die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), damit öffentliche Dienstleistungen in Europa nicht liberalisiert werden.

Die EU verhandelt zurzeit mit den USA über TTIP, das Handelshemmnisse beseitigen und Erleichterungen für Industrie und Wirtschaft bringen soll. Dieses Abkommen beinhaltet aber auch die Liberalisierung der Daseinsvorsorge. Mit Hinweis auf internationale Abkommen könnten künftig öffentliche Dienstleistungen in Europa privatisiert werden. Anlass zu großer Sorge für die Landeshauptstadt München ist die Tatsache, dass die seit Sommer 2013 laufenden Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Deshalb fordern die Kommunen – so auch München –, dass das Verfahren transparent gestaltet werden muss und es in künftigen Vereinbarungen Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge gibt.

Stadt beschließt Positionspapier

Der Münchner Stadtrat hat in der Vollversammlung im Oktober 2014 ein Positionspapier mit elf Forderungen beschlossen. Unter anderem will München erreichen, dass bei den Verhandlungen zu allen Internationalen Freihandelsabkommen, also auch beim Dienstleistungsabkommen (TiSA) und dem Abkommen mit Kanada (CETA), nicht liberalisierte Bereiche wie die öffentliche Wasserversorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen

sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich von den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen explizit ausgeschlossen werden müssen.

Die Stadt München hat zusammen mit ihren Partnern, unter anderem dem Bayerischen Städtetag, beständig darauf hingewiesen, dass Städte in den Verhandlungsprozess stärker einzubinden sind. Für das Städtenetzwerk EUROCITIES hat die Stadt federführend eine Stellungnahme auf den Weg gebracht, die von einer Vielzahl von europäischen Städten mitgetragen wurde.

Die Entwicklungen haben gezeigt, dass sich der Einsatz bezahlt gemacht hat und einige Forderungen auch gehört wurden. So hat das Bundeswirtschaftsministerium einen Beirat eingerichtet, in dem auch Dr. Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetages, Mitglied ist. Der Beirat ist nicht nur ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz, sondern gibt den deutschen Kommunen ein gewisses Maß an Mitsprache. Durch die Veröffentlichung von Verhandlungsdokumenten seitens der EU-Kommission kann zumindest in Teilbereichen, von einem transparenten und bürgernahen Ansatz gesprochen werden.

Mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion ermöglichte es die Landeshauptstadt außerdem interessierten Bürgerinnen und Bürgern, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Eine EU-Städteagenda muss die Subsidiarität respektieren

Die wichtige Rolle der Städte wird auf EU-Ebene immer stärker anerkannt. Das hatte die EUROCITIES-Generalsekretärin Anna Lisa Boni bei der Jahreskonferenz in München betont. Deshalb müssen sich die Städte auch stärker denn je einbringen. Jüngstes Beispiel ist die Konsultation der EU-Kommission zur sogenannten Urban Agenda, an der sich auch München beteiligt hat.

Wenn die EU ihre strategischen Ziele für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Europa erreichen möchte, muss sie auf die Unterstützung der Städte bauen. Deshalb braucht es eine EU-Städteagenda (Urban Agenda), die auf einem praktischen und kohärenten Ansatz basiert, der Städte in den Prozess der europäischen Politikgestaltung einbindet. Eine EU-Städteagenda muss jedoch die Subsidiarität respektieren und darf keine neuen Rechtsvorschriften für Städte schaffen, so die Stellungnahme Münchens.

Mitspracherecht einräumen

In den vergangenen Jahren zielten viele EU-Initiativen indirekt auf städtische Gebiete ab, angefangen von Richtlinien über Lärm oder Luftqualität, die Ziel- und Grenzwerte für Feinstaub festlegen, bis hin zu Maßnahmen im Bereich Migration wie die Schaffung eines „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“. Da die Städte ihrer Verantwortung für die EU-Politik und insbesondere bei der Umsetzung der Europa-2020-Strategie nachkommen, muss jedoch auch ein entsprechendes Mitspracherecht bei der Politikentwicklung auf europäischer Ebene gewährleistet sein.

Aus diesem Grund hat die Landeshauptstadt ein klares Bekenntnis zur Entwicklung einer Urban Agenda abgegeben. Nicht nur im Rahmen der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission, sondern auch durch eine starke Beteiligung an den makroregionalen Strategien „Alpenraum“ und „Donauraum“. Die Stadt München hat sich außerdem an der Erarbeitung der Stellungnahme des Städteternetzwerks EUROCITIES zur Urban Agenda beteiligt und bei der Ausarbeitung von Positionen einen aktiven Part eingenommen.

Forderungen im Überblick

- Ernennung eines städtischen Gesandten, der die praktische Koordinierung der Politikfelder mit städtischem Bezug innerhalb der EU-Kommission stärkt. Dieser städtische Gesandte soll die Politik der einzelnen Sektoren verknüpfen unter Berücksichtigung der verschiedenen Regierungsebenen (lokal bis supranational).
- Stärkung der direkten Beteiligung der Städte in der EU-Politik. Die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit den Städten soll verbessert werden, und zwar über den Bereich der öffentlichen Konsultationen hinaus.
- Treffen mit Bürgermeistern und Vor-Ort-Besichtigungen von Kommissaren sowie Hospitationen von Kommissionsmitarbeitern in städtischen Verwaltungen.
- Die integrierte Stadtentwicklung im Sinne der „Leipziger Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ (2007) muss auch Beachtung finden.



Mobilität und Umwelt im Alpenraum in Einklang bringen



München macht sich seit Jahren für ein europäisch-partnerschaftliches Projekt stark, um den Herausforderungen im Alpenraum entgegenzutreten. Wettbewerbsfähigkeit, Umweltthemen sowie Verkehr und Mobilität im Alpenraum stehen für München dabei im Vordergrund. Darum hat sich die Landeshauptstadt 2014 auch an der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zur jüngsten makroregionalen Strategie der EU, die 2015 umgesetzt werden soll, beteiligt.

Die neue Alpenstrategie (EUSALP) soll Kooperationen und Investitionen neuen Schwung verleihen und allen Beteiligten nutzen: Ländern, Regionen, Akteuren der Zivilgesellschaft, vor allem jedoch den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Gegenstand der Strategie sollen allein die Themen sein, die für die Makroregion von strategischer Bedeutung sind, und zwar Herausforderungen wie Chancen, und die mit den vorhandenen Strukturen nicht angemessen bewältigt werden können.

Ziel ist es, eine innovative, nachhaltige Entwicklung anzustoßen, die zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt, und gleichzeitig das Natur- und Kulturerbe der Region zu bewahren. Die EU-Strategie für den Alpenraum umfasst ein Gebiet mit rund 70 Millionen Menschen in sieben Ländern – fünf EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien) sowie Liechtenstein und die Schweiz – und 48 Regionen.

Projektfelder flexibel definieren

Der Fachbereich Europa hat federführend die Koordinierung der Beteiligung der Landeshauptstadt an der „Makroregionalen Strategie Alpenraum“ übernommen. München will, dass EUSALP einen umfassenden Ansatz verfolgt, das heißt, Herausforderungen der Berggebiete sollen ebenso berücksichtigt werden wie die Wechselwirkungen der Bergregionen mit den angrenzenden Großstadtregionen wie München oder Mailand. Aus diesem Grund müssen die Kooperationsräume, je nach Thema, enger oder weiter gefasst werden. Der geografische Betrachtungsraum muss flexibel und funktional definiert werden – bei Fragen des alpenquerenden Verkehrs anders als bei der Berglandwirtschaft.

München hat sich darüber hinaus auch daran beteiligt, mit dem Bayerischen Umweltministerium und der Bayerischen Staatskanzlei Ideen für eine zukünftige Alpenstrategie zu entwickeln. Eine starke Berücksichtigung der städtischen Dimension wurde dabei ebenso erörtert, wie die zukünftigen Prioritätsfelder der Landeshauptstadt München in der zukünftigen Alpenraumstrategie.

Im Dezember hat der italienische Ratsvorsitz gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine Stakeholder-Konferenz veranstaltet, auf der die Ergebnisse der Konsultation erörtert wurden. Die Landeshauptstadt München hat auch hier ihre Position eingebracht und mit verschiedenen Akteuren aus dem Alpenraum einen Meinungsaustausch gestartet. 2015 wird die Europäische Kommission den Aktionsplan und die Mitteilung für die EUSALP vorbereiten, damit im Juni 2015 die Annahme durch die Europäische Kommission stattfinden kann.

Stakeholder Conference
on the **EU Strategy** for the **Alpine Region**
Milan, 1-2 December 2014



Gemeinsam wachsen und zusammenwachsen

Ziel der Donauraumstrategie ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern des Donauraums bis 2020 bessere Chancen auf höhere Bildung, Beschäftigung und Wohlstand in ihrer Heimatregion zu ermöglichen. Die Landeshauptstadt München engagiert sich insbesondere über Städtekooperationen.

Die EU-Donauraumstrategie (EUSDR) wurde im Auftrag des Europäischen Rates vom Juni 2009 von der Europäischen Kommission in einem kooperativen Prozess erarbeitet und im Dezember 2010 als Mitteilung der Kommission inklusive Aktionsplan beschlossen. Seit ihrer Annahme durch den Rat für Allgemeine Angelegenheiten im April 2011 sowie im Europäischen Rat im Juni 2011 wird die Strategie im Donauraum umgesetzt.

Kommunale Ebene stärken

Bereits 2013 hat München im Zuge einer Tagung in Wien mit dem Titel „Building the Urban Future of the Danube Region“ stadtrelevante Themen im europäischen Kontext präsentiert. 2014 wurde dieses Engagement weiter ausgebaut. Im Juni versammelten sich mehr als 1000 Vertreterinnen und Vertreter der Donauanrainerstaaten, darunter auch München, zum dritten Jahresforum der Donauraumstrategie in Wien. Unter dem Motto „We grow together – together we grow“ wurde über die strategische Ausrichtung sowie Perspektiven und Herausforderungen für den Donauraum diskutiert. Vertreter der EU-Kommission betonten, dass eine Stärkung der kommunalen Ebene

zu fördern sei. Andererseits liege es aber auch an den Kommunen selbst, eigeninitiiert ihre Rolle zu stärken.

München nimmt an der im Rahmen des Schwerpunktbereichs 10 „Institutionelle Kapazität und Zusammenarbeit“ gegründeten Maßnahme „Urban Platform Danube Region“ (UPDR) teil. Die UPDR ist ein Instrument zum Informationsaustausch und zu einer vertieften Kooperation zwischen den Städten der Makroregion Donauraum. Zentrale Themen und Inhalte sind die „Smarte Stadt“ (Verkehr/Mobilität, Energie), die „Nachhaltige Stadt“ (Abfallwirtschaft, Tourismus) sowie die „Inklusive Stadt“ (Migration, Beteiligung der Zivilgesellschaft). München hat sich bislang vor allem mit dem Thema Bildung aktiv in die „Urban Platform“ eingebracht.



Best Practice in Sachen Sicherheit



Am Beispiel des Münchner Sommer-Tollwood-Festivals analysierten Sicherheitsexperten unter anderem aus Paris, Rom, Brüssel, Barcelona und Ljubljana die Umsetzung des Münchner Sicherheitskonzeptes für Großveranstaltungen. Auf Einladung des Kreisverwaltungsreferates (KVR) und des Referates für Arbeit und Wirtschaft (RAW) trafen sich kommunale Sicherheitsexperten aus neun europäischen Städten zu einem Erfahrungsaustausch in München. Das Treffen des Europäischen Forums für urbane Sicherheit (EFUS) fand im Rahmen des von der EU geförderten Projekts „Sicherer Tourismus“ statt, an dem sich die Landeshauptstadt mit ihren im europäischen Vergleich

vorbildlichen Sicherheitsaktivitäten beteiligt hat. Bis zum Mai 2015 werden die im Forum vereinten Expertinnen und Experten Handlungsempfehlungen erarbeiten, um Europas Städte sicherer zu machen. Dass die jährlich mehr als 900 000 Besucher das dreiwöchige Festival in einem sicheren und harmonischen Umfeld genießen können, ist auch ein Ergebnis des konzertierten Handelns aller Beteiligten, das durch das Münchner Konzept sichergestellt wird. Münchens Kreisverwaltungsreferent Dr. Blume-Beyerle ist Vorstandsmitglied der EFUS und stellvertretender Vorsitzender des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit DEFUS.



Martin Schulz,
Präsident des
Europaparlaments.

EU-Parlament gewinnt an Einfluss

Das Europäische Parlament erhielt im Mai 2014 mehr Macht. Zum ersten Mal war die Europawahl 2014 entscheidend für die Wahl des Nachfolgers von José Manuel Barroso als Präsident der Europäischen Kommission. Die Staats- und Regierungschefs, die dieses Amt besetzen, orientierten sich erstmals an den Mehrheitsverhältnissen im neu gewählten EU Parlament. Die Wählerinnen und Wähler hatten also einen Einfluss darauf, wer an die Spitze der nächsten EU-Kommission kommt.

Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 28 EU-Mitgliedsstaaten waren aufgerufen, an der Europawahl teilzunehmen. Spannend war die Besetzung des Postens des Kommissionspräsidenten. Sie wurde erst auf dem EU-Gipfel am 27. Juni 2014 in Brüssel beschlossen. Eigentlich war alles klar: Die Konservativen der Europäische Volkspartei (EVP) mit Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker waren aus der Europawahl in 28 Ländern als stärkste Kraft hervorgegangen. Ihr Vorsprung auf die Sozialdemokraten, die im Parlament Juncker unterstützen wollen, schrumpfte allerdings.

Spannende Wahl des Präsidenten

Die Verträge besagen zwar, dass das EU-Parlament den Kommissionspräsidenten bestätigen beziehungsweise wählen muss. Aber die Verträge verlangen ebenso eindeutig, dass der Vorschlag hierfür vom Europäischen Rat, also den Regierungschefs, mit qualifizierter Mehrheit getroffen wird. Die Regierungschefs sollen dabei die Ergebnisse der Europawahl „berücksichtigen“. Somit musste Jean-Claude Juncker auch die nötige Mehrheit der 28 Staats- und Regierungschefs hinter sich bekommen, am Ende stimmten nur Großbritannien und Ungarn gegen ihn. Am 15. Juli 2014 wurde Juncker im ersten Wahlgang vom Europaparlament zum neuen EU-Kommissionspräsidenten gewählt. Juncker erhielt die Stimmen von 422 der 729 anwesenden Abgeordneten, 250 stimmten gegen den früheren Ministerpräsidenten von Luxemburg.

Jean-Claude Juncker,
Präsident der
EU-Kommission.

Der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, Martin Schulz, wurde bei der konstituierenden Sitzung des Europaparlaments am 1. Juli 2014 erneut zu dessen Präsidenten gewählt. Er erhielt 409 von 612 abgegebenen gültigen Stimmen bei der Wahl. Nach Absprache mit den Christdemokraten soll der Vorsitz in zweieinhalb Jahren an die Christdemokraten übergehen.

In München schrumpfte die Zahl der Europaabgeordneten von vier auf einen: Prof. Dr. Klaus Buchner (ÖDP, München). Deshalb wird die Landeshauptstadt einen engen Austausch mit allen bayerischen Abgeordneten suchen. Weitere Mitglieder des Europäischen Parlaments aus Bayern sind:

- Albert Deß (CSU, Neumarkt i. d. Oberpfalz)
- Ismail Ertug (SPD, Regensburg)
- Markus Ferber (CSU, Augsburg)
- Thomas Händel (DIE LINKE, Fürth)
- Monika Hohlmeier (CSU, Lichtenfels)
- Barbara Lochbihler (Die Grünen, Kaufbeuren)
- Ulrike Müller (Freie Wähler, Missen-Wilhams)
- Dr. Angelika Niebler (CSU, Ebersberg)
- Maria Noichl (SPD, Rosenheim)
- Manfred Weber (CSU, Wildenberg)
- Kerstin Westphal (SPD, Schweinfurt)



Ausschuss mit erweiterten Kompetenzen

Bereits in den vergangenen Jahren hat sich die Zusammenarbeit Münchens mit dem für Europathemen zuständigen Ausschuss im Bayerischen Landtag vertieft – so gab es eine Initiative, um die Finanzierung der Bayerischen Europe Direct Zentren sicherzustellen. Der Ausschuss für Europaangelegenheiten hat sich nach der Landtagswahl in der 17. Wahlperiode im November neu konstituiert. Mehrere ehemalige Münchner Stadträtinnen und Stadträte (unter anderem Diana Stachowitz, Hans-Ulrich Pfaffmann) haben dort einen Sitz.

Das Gremium hat auch neue Aufgaben bekommen: Nach der Änderung der Bayerischen Verfassung zum 1. Januar 2014 sollen die Mitwirkungsrechte des Landtags in Angelegenheiten der EU gestärkt werden. So soll künftig der Landtag der Staatsregierung per Gesetz vorschreiben können, wie der Freistaat im Bundesrat abstimmt, wenn der Bund Hoheitsrechte der Länder an die EU übertragen will. Dies bedeutet, dass sich die Staatsregierung im Bundesrat bei der abschließenden Abstimmung über einen Subsidiaritätsverstoß einer EU-Regelung grundsätzlich an ein Votum des Ausschusses halten muss.

Der Fachbereich Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft nimmt je nach Relevanz der Themen an den Sitzungen teil. Für 2015 ist eine Sitzung zu kommunalen Themen im Europaausschuss des Landtages geplant, an der sich die Stadt München mit Beiträgen beteiligen wird.

Weichenstellungen für die neue Legislaturperiode

Forderungen der Spitzenverbände

Kommunen müssen stärker als bisher in die Entscheidungsprozesse der EU einbezogen werden. Die kommunalen Spitzenverbände Deutschlands (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) wenden sich mit ihrem Papier „Forderungen an das neugewählte Europäische Parlament“ an die neuen deutschen Abgeordneten. Es enthält eine Aufstellung der europäischen Themen und Vorhaben, die für die Kommunen in besonderem Maße relevant sind und an deren Gestaltung sie zusammen mit dem Europäischen Parlament mitwirken wollen. Auch EUROCITIES wird die Urban Agenda in die Gespräche mit der EU-Kommission einbringen. Das Städtenetzwerk hat eine Taskforce dazu ins Leben gerufen, an der München mitarbeitet, sowie eine erste offizielle Erklärung abgegeben.

Zwei wichtige Intergroups

Die Konferenz der Präsidenten der verschiedenen politischen Gruppierungen im Europäischen Parlament billigte in ihrer Sitzung vom 11. Dezember 2014 die Bildung einer Intergroup Urban Agenda sowie „Gemeinsame Güter und öffentliche Dienstleistungen“ für die kommende Legislaturperiode. EUROCITIES hatte sich für die Fortführung dieser Intergroup ausgesprochen, da sie eine gute Plattform bietet, um Belange, die öffentliche (kommunale) Dienstleistungen betreffen, auf breiter Basis in das Europäische Parlament einzubringen. Noch im Dezember wurde die Organisationsstruktur festgelegt.

Gut vorbereitet, um Mittel aus INTERREG zu beantragen

Über das künftige INTERREG-Programm 2014–2020 informierte der Fachbereich Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt bei einer Veranstaltung im Dezember, zu der auch die direkten Ansprechpartner der Programme und des Freistaats Bayern gewonnen und somit Informationen aus erster Hand geboten werden konnten. Gut vorbereitet für die Projektaufträge in 2015 sollen nun die Herausforderungen und Chancen für München in den

vielfältigsten Bereichen wie Klimawandel, Biodiversität, Luftreinheit, Umwelt- und Ressourceneffizienz, Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, nachhaltige Mobilität etc. tatkräftig auch mit Hilfe von EU-Fördermitteln angegangen werden.

Schwerpunkt war insbesondere die transnationale Zusammenarbeit (INTERREG B), die innerhalb größerer Teilräume der EU erfolgt, sowie in angrenzende Nichtmitgliedsstaaten, den sogenannten Kooperationsräumen. München ist an den Kooperati-

onsräumen Alpenraum, Donau und Mitteleuropa beteiligt. Außerdem wurde über die interregionale Zusammenarbeit INTERREG EUROPE berichtet, die insbesondere auf die Zusammenarbeit von öffentlichen Institutionen zur regionalen Entwicklung in ganz Europa abzielt, einschließlich Norwegen und Schweiz. Dem INTERREG-EUROPE-Programm stehen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 359 Millionen Euro zur Verfügung.



Startschuss für die neue EU-Förderperiode

Die Europäische Union gewährt den Kommunen ihrer Mitgliedsstaaten erhebliche Mittel für Projekte und Maßnahmen in Wirtschaft, Forschung, Beschäftigung, Bildung, Verbraucher- oder Umweltschutz. Mit dem Jahr 2014 begann die neue bis 2020 laufende EU-Förderperiode mit einem mehrjährigen Finanzrahmen von rund 960 Milliarden Euro, von dem auch München profitieren kann.

Vieles blieb beim Alten, aber es gab auch diverse Neuerungen. Förderprogramme wurden umbenannt und/oder zusammengelegt, und neue Förderbereiche kamen hinzu. Das neue Forschungsrahmenprogramm heißt zum Beispiel „Horizont 2020“. Ebenso wurden mit Erasmus+ die vormaligen EU-Programme in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport auf europäischer Ebene vereint.

Mittel für Energieeffizienz

Hinzu kamen neue Schwerpunkte in den Strukturfonds (ESF, EFRE) und eine starke Orientierung an den Zielen der Europa-2020-Strategie. Erstmals wurde auch das Bayerische EFRE-Programm dank erfolgreicher Lobbying-Maßnahmen für die Planungsregion 14 teilweise geöffnet. München und Umgebung sind somit in Zukunft im Teilbereich „Energieeinsparung in öffentlichen Infrastrukturen“ förderfähig und können beispielsweise Fördermittel für kommunale Energieeffizienzmaßnahmen beantragen.

Bevor der Großteil der neuen Förderprogramme ab Frühjahr 2015 mit Projektaufufen startet, diente das Jahr 2014 überwiegend zur Fertigstellung und Verabschiedung der Operationellen Programme seitens der Europäischen Kommission. So war das Jahr stark geprägt von Auftaktveranstaltungen der neuen Programme, Vorbereitungen zu den kommenden Projektaufufen in 2015, Konferenzen zu den makroregionalen Strukturen und Beiträgen Münchens bei Konsultationen der EU-Kommission.

Plattform für Informationen

Intensiv beschäftigte sich der Fachbereich Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) mit der Alpenraumstrategie (EUSALP) sowie mit der Donaunraumstrategie (EUSDR). Neben inhaltlichen Schwerpunkten wie der Förderung von Stadt-Umland-Beziehungen schlägt die Landeshauptstadt auch eine Plattform zum Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Metropolregionen im Alpen- bzw. Donaunraum vor sowie die Installation von Action Groups, bestehend aus Projektträgern, Institutionen und Administration, die die Umsetzung der neuen makroregionalen Strategien begleiten sollen.

Vom Freistaat Bayern wurden diese Anregungen bisher begrüßt, und auch 2015 wird der Fachbereich Europa hier Schwerpunkte in seiner Arbeit zur

Mitgestaltung setzen. Ein großes Thema bleibt die „Smart Cities and Communities Initiative“ unter „Horizont 2020“. Gemeinsam mit dem Planungsreferat und weiteren Partnern wird an Konzepten gearbeitet, wie die Entwicklung und Implementierung intelligenter städtischer Technologien vorangetrieben werden kann.

Fortbildungen in Europa

Die Branddirektion München nimmt bereits seit einigen Jahren an Ausbildungen und Übungen des sogenannten „European Civil protection mechanism“ (EU-Gemeinschaftsverfahren im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz) teil. Dabei werden ausgewählte Führungskräfte der Branddirektion für mögliche Katastropheneinsätze in und außerhalb der EU aus- und fortgebildet. Ziel der EU ist es, durch dieses Verfahren die gegenseitige Unterstützung in Katastrophensituationen zu fördern. 2014 nahmen zwei Mitarbeiter der Branddirektion an einem jeweils einwöchigen Aus- beziehungsweise Fortbildungskurs teil.

Offenheit und Toleranz fördern



München steht wie andere Großstädte im europäischen Wettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um beste Arbeitsbedingungen kümmert sich das Personal- und Organisationsreferat.

Unter anderem unternimmt die Landeshauptstadt große Anstrengungen, um die Anzahl von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund zu steigern. Schon 2013 wurde durch ein verstärktes Marketing, den Besuch von Konsulaten und Botschaften sowie europäischen Partnerstaaten und eine zielgerichtete Ansprache über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Anteil der Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund deutlich erhöht. Der Trend setzte sich fort. Und das gute Ergebnis wurde 2014 nochmals übertroffen. 2014 stellte die Landeshauptstadt 105 Auszubildende mit Migrationshintergrund ein.

Positiven Trend fortsetzen

Das sind knapp 21 Prozent aller neu eingestellten Auszubildenden (2013 waren es 19,3 Prozent). Speziell im Verwaltungsbereich ergibt sich sogar ein Migrationsanteil von rund 23 Prozent. Um diesen positiven Trend fortzusetzen, werden die Marketingmaßnahmen stets erweitert. In Arbeit ist ein Elternflyer, der in verschiedene Sprachen übersetzt wird und für einen Ausbildungsplatz bei der Stadtverwaltung wirbt.

Europarecht spielt auch im Personalmanagement der Landeshauptstadt eine Rolle. Über europäische Normen im Arbeits- und Beamtenrecht hinaus nimmt die Stadt ihre Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sinne europäischer Standards wahr. Das Personal- und Organisationsreferat prüft beispielsweise für die gesamte Stadtverwaltung laufend die Konsequenzen aus Änderungen der europäischen Gesetzgebung, der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und nationaler Gerichte zur Auslegung und Umsetzung der europäischen Normen im Arbeits- und Beamtenrecht.

Ein zentrales Thema 2014 war eine mögliche Altersdiskriminierung der Beamtinnen und Beamten durch das frühere Besoldungsrecht und Überleitungsregelungen ins geltende System. Seit Ende Oktober 2014 liegt eine höchstrichterliche Entscheidung vor, nach der die gesetzlich geregelte und bis 2010 geltende Besoldung nach dem sogenannten Besoldungsdienstalter unzulässig wegen des Alters benachteiligte. Das Personal- und Organisationsreferat hielt die städtischen Beamtinnen und Beamten über die bisherigen Entwicklungen auf dem Laufenden. Es wird die Bewertung der Entscheidung durch den Freistaat Bayern – sobald sie vorliegt – kritisch prüfen und anschließend über die gebotenen Konsequenzen informieren.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Vorbehalte bei Beschäftigten ohne Behinderungen abzubauen und die Ausbildungs- und Berufschancen für Menschen mit Behinderungen für ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu erhöhen, das ist eines der Ziele der Personalpolitik der Landeshauptstadt. 2014 hat München als Arbeitgeberin den ersten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention maßgeblich vorangetrieben. Mit mehr Aus- und Fortbildung, der Verbesserung von Arbeitsbedingungen für Beschäftigte mit Behinderungen und dem Abbau von Berührungspunkten im täglichen Umgang wird die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Stadtverwaltung nachhaltig gestärkt. Die dafür notwendige personelle und finanzielle Ausstattung hat der Stadtrat gebilligt. Mithilfe dieser Schritte gelingt es, die schon erreichten Verbesserungen für die Beschäftigten mit Behinderungen 2015 weiter voranzutreiben. Mit 7,35 Prozent liegt der Anteil von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Belegschaft auch weiter deutlich über der gesetzlich geforderten Fünf-Prozent-Marke.

Starke Stimme für die Daseinsvorsorge

80 Prozent aller abfallwirtschaftlichen Regelungen kommen inzwischen aus Brüssel. Und haben Auswirkungen auf die Kommunen. Seit das Kommunalreferat über den Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) den Vorsitz des Fachausschusses Europa des Verbands kommunaler Unternehmer (VKU) hat, kann München die Lobbyarbeit in Sachen Abfallwirtschaft aktiv gestalten.

Die Landeshauptstadt München ist eine der konsequentesten Verfechterinnen kommunaler Daseinsvorsorge. Durch das Europabüro des VKU ist der AWM nun in der Lage, politische Entwicklungen in Brüssel frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Unter anderem hat der AWM an einem Stakeholder-Dialog der EU-Kommission zur erweiterten Produktverantwortung in Brüssel teilgenommen, ebenso an den OPENDAYS in Brüssel. Bei einem moderierten Abendessen in der Bayerischen Vertretung hat der VKU-Fachausschuss Vertreterinnen und Vertreter der EU-Generaldirektion Umwelt mit Abfallwirtschaftsverbänden und kommunalen Entscheidungsträgern zusammengebracht.

Frühzeitig Position beziehen

Ein weiterer Erfolg: Zum von der EU-Kommission veröffentlichten Entwurf zur Novelle des Abfallrechts wurde im Juli 2014 eine VKU-Projektgruppe eingerichtet, die das Gesetzespaket bereits im Entwurfsstadium inhaltlich begleitet und eine erste Stellungnahme erarbeitet hat. Dank der Positionierung des VKU zu Kernthemen im Entwurf fanden die Punkte bereits zu einem frühzeitigen Stadium Eingang in die Diskussionen auf europäischer Dachverbandsebene und waren teilweise meinungsbildend, insbesondere bei den kommunalen Partnern. Der AWM konnte hier durch seine Mitgliedschaft in den Abfallarbeitsgruppen von EUROCITIES und des RGRS Synergien nutzen und verschiedenen Sichtweisen berücksichtigen.

Der Fachausschuss Europa des VKU hat vor allem die Aufgabe, umwelt- und entsorgungsspezifische EU-Themen zu identifizieren, zu verfolgen, aktiv zu begleiten und in den Verband sowie sämtliche Gremien einzuspeisen. So ist es dem VKU in den zurückliegenden beiden Jahren gelungen, beim Stakeholder-Prozess zum EU-Abfallpaket bereits im Frühstadium als relevanter Akteur durch die EU-Institutionen in den Meinungsbildungsprozess involviert zu werden. Das Gremium betreut die vielfältige Dachverbandsarbeit, (CEEP, MWE, ISWA, CEWEP, EUROCITIES, RGRS, ACR+), gemeinsam mit der Hauptgeschäftsstelle des VKU in Berlin und dem VKU-Europabüro Brüssel.

Verbandsarbeit optimiert

Anlässlich der IFAT, der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, im Mai 2014 in München veranstaltete der Fachausschuss einen Tag der europäischen Partnerverbände, mit Referenten der Europäischen Kommission sowie aus den Mitgliedsstaaten Griechenland, Ungarn und Polen.

Ebenfalls durch die Europaarbeit initiiert war eine Podiumsdiskussion zum Thema „Golden Rules for a Green and Circular Economy – the Example of Plastic Waste“. Die IFAT bot die Gelegenheit für ein erstmaliges Treffen von Vertretern der wichtigen europäischen Verbände der Abfallwirtschaft aus unterschiedlichen Branchen, um die gesamte Wertstoffkette des Kunststoffabfalls – von der Herstellung über die Sammlung bis zum Recycling und zur thermischen Verwertung – vor einem Fachpublikum zu diskutieren. Das Gespräch war der Auftakt für einen branchenübergreifenden Dialog zum Thema Plastikabfälle in Europa.

Deutsches Modell wird übernommen

Durch die engagierte Arbeit von Mitgliedern des Ausschusses wird das Modell der deutschen kommunalen Abfallwirtschaft in Mitgliedsstaaten der EU wie Polen, Tschechien und Rumänien vorgestellt und in die Diskussionen vor Ort übernommen.



Ressourcen schonen

Die Europäische Union hat das Jahr 2014 als „The Year of Green and Circular Economy“ ausgerufen. Hintergrund für das Motto ist die gegenwärtige Überarbeitung der europäischen Abfallgesetzgebung.

Am 2. Juli 2014 hat die EU-Kommission ihr Legislativpaket zur Kreislaufwirtschaft vorgelegt. Sie hat darin Vorschläge unterbreitet, wie die ambitionierten Ziele, die sie sich mit ihrer Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ gesetzt hat, bis 2020 erreicht werden können. Neben der Abfallvermeidung, höheren Recyclingquoten und dem Verbot der Deponierung von unbehandelten Abfällen ist nach Ansicht der EU-Kommission die erweiterte Herstellerverantwortung ein zentrales Instrument zur Förderung der Ressourceneffizienz.

Eine im Auftrag der EU-Kommission erarbeitete Studie soll Leitlinien zur Herstellerverantwortung entwickeln und war Gegenstand einer Podiumsdiskussion bei der Europäischen Grünen Woche im Juni in Brüssel unter dem Titel „Extended Producer Responsibility in Europe: shortcuts to circular economy“. Nach 36 Fallstudien in 17 Mitgliedsstaaten spricht sich das mit der Erstellung der Studie beauftragte Beratungsinstitut Bio Intelligence für eine klare Zuordnung der Verantwortung sowie für einen kontinuierlichen Dialog unter den Stakeholdern aus. Das Kostendeckungsprinzip soll ebenso berücksichtigt werden wie ein gerechter Wettbewerb sowie Transparenz und Überwachung des Systems.

Klares Nein zur Gentechnik

München ist größter Biobauer in Bayern. Zum Thema Gentechnik hat die Kommune eine klare Haltung: Ja zur gentechnikfreien Landwirtschaft in Europa. Verbraucherschutz steht an erster Stelle. Diese Position verteidigt die Landeshauptstadt nach wie vor engagiert auf europäischer Ebene.

Die Stadtgüter Münchens sind Mitglied im Aktionsbündnis „Gentechnikfreie Zone München“. Bereits 2005 hat der Stadtrat die Petition „Gentechnikfreie Regionen und Gebiete“ an die Europäische Kommission unterstützt. Das mit großer Mehrheit von den Parteien unterstützte Vorgehen, im Einflussbereich der Landeshauptstadt München grundsätzlich und ohne Ausnahme auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Futtermittel und Saatgut zu verzichten, gewinnt anlässlich der momentanen Entwicklung im europaweiten Gentechnikrecht erneut an Aktualität.

Keine einheitliche Umsetzung

Wie schwierig aber künftig ein europaweiter Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen durchzusetzen sein wird, zeigen die Verhandlungen zwischen den Vertretern nationaler Regierungen und des EU-Parlaments. Dabei wurde im Dezember 2014 ein Kompromiss zum sogenannten Opt-out-Mechanismus, also dem Nicht-mitmachen, gefunden. Unter anderem ist es den nationalen Regierungen künftig möglich, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verbieten, ohne dass zwingend mit den Konzernen über einen Verzicht verhandelt wurde. Vorausgesetzt, das EU-Parlament bestätigt den ausgehandelten Kompromiss Anfang 2015, wird der „Opt-out-Mechanismus“ nach Aussage des EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis ab Frühjahr 2015 genutzt werden können. Allein die Reaktionen aus den unterschiedlichen politischen Lagern Deutschlands lassen aber eine abweichende beziehungsweise unterschiedliche Umsetzung erwarten.

Ungeachtet der Diskussionen über einen europäischen Standard droht jedoch auch durch das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP, Transatlantic Trade and Investment Partnership) die Aufweichung der in Europa vorgeschriebenen Kennzeichnung von Produkten aus gentechnisch veränderten Organismen (mit Ausnahme von Fleisch, Eiern und Milchprodukten). Damit gentechnisch veränderte Produkte auf dem kritischen europäischen Markt Fuß fassen können, soll nach dem Willen der USA auch in Europa eine eindeutige Kennzeichnung nicht stattfinden.

Allgemeine Gefahren bleiben

Aus Sicht des Kommunalreferats erfolgt mit den oben genannten geplanten EU-Regelungen zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Die allgemeinen Gefahren, die von

der Anwendung gentechnisch veränderter Organismen ausgehen, werden aber damit nicht zu verhindern sein. Die zu erwartende innenpolitische Diskussion, ob ein Verbot auf nationaler Ebene erfolgen kann oder jedes Bundesland für sich selbst entscheidet, weist auf ein grundsätzliches Problem hin. So kann auch künftig trotz höchster Qualitäts- und Sicherheitsstandards nicht gewährleistet werden, dass gentechnisch veränderte Pflanzen ungewollt Verunreinigungen und Schäden bei unbeteiligten Landwirten verursachen.

Dies stellt nicht nur eine konkrete Einschränkung für die von den Stadtgütern München vertriebenen Produkte dar, sondern birgt für die Bio-Betriebe der Landeshauptstadt München die Gefahr, dass Bio-Zertifikate für diese Betriebe infrage gestellt werden, sobald gentechnisch verändertes Material auf den Äckern nachgewiesen werden kann. Darüber hinaus widerspricht der Einsatz von gentechnisch verändertem Material dem Entwicklungskonzept der Stadtgüter München, sodass das Kommunalreferat auch künftig auf deren Einsatz verzichten, verantwortungsvollen Naturschutz praktizieren und die biologische Vielfalt von Tieren und Pflanzen wahren wird.



KOMM

WUWU

KA

TOWN

Reden über Europa

Die Europaarbeit der Landeshauptstadt München zielt unter anderem darauf ab, eine informierte und aktive europäische Bürgerschaft auf lokaler Ebene zu fördern. Schließlich beeinflusst die EU bis zu 80 Prozent aller städtischen Entscheidungen: Zum Beispiel beim Thema Feinstaub, bei der energieeffizienten Sanierung alter Häuser oder bei Ausschreibungsverfahren für öffentliche Aufträge. Von vielen Entscheidungen sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt direkt betroffen. Bei zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen hat die Landeshauptstadt über aktuelle Entwicklungen in Europa informiert. In diesem Jahr war der Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern besonders intensiv, vor allem wegen der Europawahl.



Mehr als 18000 Downloads

Zum Download steht der Europajahresbericht unter www.muenchen.de/europa in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung. Und wird rege genutzt.

Die deutsche Version wurde 2014 mehr als 11400-mal, die englische Version mehr als 6700-mal abgerufen. Unter anderem von Prof. Honda von der Osaka Sangyo Universit. Die Japanerin besuchte, angeregt durch die Lektüre des Berichts, das Referat für Arbeit und Wirtschaft, um im Fachbereich Europa vor allem Informationen zur Privatisierung des Trinkwassers einzuholen.

Informationen zur Wahl im Mittelpunkt des Europatages

Der Europatag stand 2014 ganz im Zeichen der Europawahl. Wer sich informieren wollte, fand am 9. Mai auf dem Marienplatz ein breites Angebot: An Infoständen des Europäischen Parlaments oder des Europe Direct Informationszentrums für München & Oberbayern sowie anderer Organisationen wurde engagiert diskutiert.

Neben der Landeshauptstadt sorgten die Vertretungen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in München sowie die Europa-Union München e.V. für ein anspruchsvolles Programm für Jung und Alt, für Europabegeisterte und Europaskeptiker.

Wer weiß was über Europa?

Stadträtin Ulrike Boesser (SPD) eröffnete den Europatag in Vertretung des Oberbürgermeisters. Anschließend zeigten Gruppen auf der Bühne sowie direkt auf dem Marienplatz griechische und polnische Volkstänze. Im Anschluss war die Bürgersendung des Bayerischen Rundfunks „Jetzt red i – Europa“ zu Gast. Zuschauerinnen und Zuschauer schrieben im Vorfeld Fragen auf, die die Europaabgeordneten Thomas Händel (DIE LINKE), Nadja Hirsch (FDP), Barbara Lochbihler (Bündnis 90/Die Grünen) und Bernd Posselt (CSU) auf der Bühne beantworteten. Dr. Linus Förster (SPD), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten im Bayerischen Landtag, und Peter Martin, damaliger Leiter der Vertretung der EU-Kommission in München, informierten im „Jetzt red i“-Gespräch über die bevorstehende Wahl. Im Nachrichtenquiz des Radiosenders B5 testeten Besucherinnen und Besucher ihr Wissen über Europa und die Wahl und konnten attraktive Preise gewinnen.

Kinder im Alter von fünf bis zwölf Jahren entdeckten Europa spielerisch: Auf einer Reise durch Europa mit Nadel und Faden, beim Zusammensetzen eines Riesenpuzzles oder in der Kunstwerkstatt, in der eine große Collage aus Fotos, Figuren, Symbolen und Souvenirs entstand. Der „Jahrmarkt Europa“ mit seinen kostenfreien Angeboten wurde vom Münchner Verein Kultur & Spielraum e.V. gestaltet.

Der Marienplatz vibrierte

Nachmittags spielten drei Münchner Bands. Stray Colors begannen mit bosnischem Folk, gemischt mit Pop-Elementen, die an die 1960er-Jahre erinnerten. Wucht traf auf Wärme, Energie und Dynamik auf Leichtigkeit. Danach trat Samy Danger auf, bekannt auch als Gitarrist der Münchner Band Jamaram. Der Solokünstler mischte afrikanische mit südamerikanischen Einflüssen. Zum Abschluss legten Tula Troubles los. Die Bandmitglieder mit verschiedenen kulturellen Backgrounds vereinen unterschiedlichste Musikrichtungen zu einem individuellen Stil namens Chanson-Ska. Von Bauchtanz über Walzer bis Heavy Metal war alles dabei, Hauptsache gute Rhythmen zum Tanzen, die den Marienplatz zum Vibrieren brachten.





Nur wer sich informiert, kann Europa aktiv mitgestalten

Es gibt viele Möglichkeiten, Europa mitzugestalten. Sich aktiv beteiligen kann aber nur, wer informiert ist. Deshalb bietet das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern (EDI) Informationen und Beratung rund um relevante EU-Themen. In diesem Jahr war der Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern besonders intensiv, nicht nur wegen der Europawahl, sondern unter anderem auch wegen aktueller Themen wie TTIP.

Auch 2014 nahm das EDI mit der Programmreihe „Europaforum“ brisante Themen auf und lud zu kontroversen europapolitischen Debatten ein. Die Veranstaltungsreihe in der Europa-Lounge in der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig umfasste 16 Vortrags- und Diskussionsabende mit rund 2000 Besucherinnen und Besuchern. Im Fokus standen insbesondere die Europawahl 2014, die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, Armutszuwanderung aus Südosteuropa, zehn Jahre EU-Osterweiterung, die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland, die EU-Asylpolitik sowie Menschenrechte.

Europawahl 2014

Das Europe Direct Informationszentrum arbeitet nach dem Leitgedanken, Europa und die EU transparenter zu machen und das Europabewusstsein zu fördern. Dies galt in besonderem Maße für die Europawahl 2014, die im ersten Halbjahr im Mittelpunkt vieler Aktivitäten des Büros stand. Durch zahlreiche Veranstaltungen wurde die europapolitische Debatte intensiv geführt.

Mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Bayern fanden regelmäßig Bürgersprechstunden mit dem Titel „Europa zu bürgerfern? Frag' deinen EU-Abgeordneten!“ statt, um die Bürgerinnen und Bürger über die Arbeit des Europäischen Parlaments zu informieren. Die Europawerkstatt für Erstwählerinnen

und Erstwähler zum Europäischen Parlament sensibilisierte diese für die Europawahl 2014.

European Sharing Fair

Gleichzeitig richtete das EDI 2014 den Blick auf aktuelle kreative Formen der Bürgerbeteiligung. So informierte eine Messe über das Teilen, Tauschen und Leihen, die sogenannte Sharing Economy, und regte zum eigenen Handeln, zum Konsumverzicht oder alternativen Wirtschaften an. Die Sharing Economy und daran angrenzende Entwicklungen erfreuen sich nach wie vor wachsender Beliebtheit. Ob Autos, Haushaltsgegenstände, Arbeitsplätze oder Kleidung, urbane Gärten, offene Werkstätten und FabLabs, Crowdfunding wie auch OpenSource-Software, all diese Plattformen und Initiativen finden heute stetigen Zulauf und verändern die Art, wie wir konsumieren, produzieren, finanzieren und unser Wissen teilen.

Um diese immer größer werdende Bewegung der kollaborativen Wirtschaft sichtbar zu machen und Akteure sowie Interessenten der verschiedenen Initiativen zusammenzubringen, lud das Europe Direct Informationszentrum in Kooperation mit der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig sowie mit OuiShare (einer globalen Gemeinschaft, die eine kollaborative Kultur durch die Vernetzung von Menschen, Organisationen und Ideen rund um die Themen Fairness, Offenheit und Vertrauen fördert) zur European Sharing Fair in den Gasteig



München. An die 1300 Gäste informierten sich am 20. Oktober über Teilaspekte des kollaborativen Lebens und Arbeitens und über Möglichkeiten und Aktionen in München. Ein speziell für Jugendliche ausgerichtetes Programm ermöglichte es Schulklassen, das kollaborative Wirtschaften im Rahmen von Workshops (zum Beispiel zu 3D-Druck und KoKonsum) selbst zu erfahren.

Europaforum zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)

Das Europe direct Informationszentrum hatte in die Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig zur Informationsveranstaltung eingeladen, rund 100 Gäste waren gekommen. In seiner Einführung erläuterte Bürgermeister Josef Schmid die Sicht der Landeshauptstadt zu Chancen und Risiken von TTIP. Auf dem Podium diskutierten Lutz Güllner von der Europäischen Kommission, Inge Reichert vom Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen in Berlin, Professor Christoph Scherrer, Leiter des Fachgebiets Globalisierung und Politik an der Universität Kassel, sowie Walter Leitermann vom Deutschen Städtetag in Brüssel. Dr. Clemens Verenkotte vom Bayerischen Rundfunk moderierte. Im Vordergrund der Diskussion stand die kommunale Daseinsvorsorge.

Einige der Diskussteilnehmerinnen und -teilnehmer befürchteten, dass verschärfter Druck auf öffentliche Dienstleistungen eine Folge des TTIP

sein könnte. Lutz Güllner von der Generaldirektion Binnenmarkt der EU-Kommission widersprach dem jedoch. Die EU-Kommission habe spezifische Regelungen, die sich in bisherigen Freihandelsabkommen bewährt hätten, um die Daseinsvorsorge auszuschließen beziehungsweise um bestehende Regelungen zum Schutz derselben zu sichern. Inge Reichert versicherte, dass der Bundesverband für Öffentliche Dienstleistungen detailliert das ausgehandelte CETA-Abkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement) juristisch prüfen wird und gewonnene Erkenntnisse in die Begleitung der TTIP-Verhandlungen einfließen werden.

Ausstellung mit jungen Flüchtlingen

Am 8. Dezember fand im EDI die Eröffnung der Ausstellung „15 Jahre SchlaU – Alltagscollagen junger Flüchtlinge in München“ aus Anlass des 15. Jubiläums der SchlaU-Schule, einer Münchner Ergänzungsschule für junge Flüchtlinge, statt. Das Multimediaprojekt entstand aus einer Kooperation zwischen der SchlaU-Schule, dem Fotografen Patrick Frost sowie dem EDI und porträtierte junge Menschen, die nach ihrer Flucht in der bayerischen Landeshauptstadt landeten.

Informationen und Hinweise auf die Veranstaltungen gibt es unter www.muenchen.de/europe-direct



In Deutschland auf Rang zwei

Das Münchner Europe Direct Informationszentrum (EDI) belegte mit seinem Aktionsplan für das Jahr 2014 den zweiten Platz von deutschlandweit 55 Europe Direct Büros. Die Europäische Kommission honoriert mit ihrer jährlichen Auszeichnung besondere Leistungen und überdurchschnittliches Engagement. Das EDI München & Oberbayern dient als erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Schulen bei Fragen rund um die Europäische Union. Das Informationszentrum ist ein von der Europäischen Kommission gefördertes Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft und der Münchner Stadtbibliothek als Institution des Kulturreferats der Landeshauptstadt München.

P

R

O

J

E

K

T

E

Unterstützung bei EU-Projekten

Die EU fördert in München zahlreiche Projekte aus unterschiedlichen Bereichen: Soziale Hilfen werden auf den Weg gebracht, Aktionen für Arbeitssuchende umgesetzt, Konzepte zur optimalen Mobilität in der Stadt entwickelt und vieles mehr. Alles Initiativen, die ohne die Gelder aus Brüssel nur schwer oder gar nicht realisierbar wären. Um den Fachreferaten die Projektarbeit zu erleichtern und geeignete EU-Förderprogramme auszuwählen, berät der

Fachbereich Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft unter anderem bei der Antragsstellung, der Identifizierung geeigneter Partner, bei der Kalkulation und dem Finanz- oder Projektmanagement. Alle aktuellen Projekte von 2014 sind auf den Seiten 48–51 aufgelistet. Unter www.muenchen.de/europa werden ausgewählte Projekte beschrieben.

Mehr Lebensqualität durch eine kluge Standortwahl

Das Häuschen im Grünen mag auf den ersten Blick günstiger erscheinen als das Leben in der Stadt. Doch langfristig gesehen haben auch die täglichen Fahrten in die Arbeit, zum Einkaufen oder in die Schule ihren Preis. Wo also wohnen, bauen, Siedlungsgebiete planen? Um diese Fragen ging es bei dem EU-Projekt „MORECO“, das vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung während der gesamten Laufzeit von 2011 bis 2014 betreut wurde.

Mehr Lebensqualität durch eine kluge Standortwahl lautete das Motto. Dafür gab es zum Abschluss neben zahlreichen Informationen für wohnungssuchende Haushalte einen Katalog mit Handlungsempfehlungen für öffentliche Akteure zur Reaktion auf steigende Mobilitätskosten.

Nachhaltige Siedlungsentwicklung
„MORECO“ stand für „Mobility and Residential Costs“ (Mobilitäts- und Wohnkosten) und war ein internationales Kooperationsprojekt mit zehn Partnern aus fünf Ländern des Alpenraums. Im Mittelpunkt stand eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in Versorgungszentren und im Einzugsbereich von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel. In München war unter anderem der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund MVV eingebunden, vor allem durch die Anwendung des Wohn- und Mobilitätskostenrechners.

Am 26. Juni 2014 fand die abschließende Münchner Ergebniskonferenz statt. Mit Unterstützung des Leadpartners SIR (Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen) sowie der Projektpartner iSPACE und Ljubljana wurden rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Bereichen Politik, Bauwirtschaft, Einzelhandel, Siedlungsplanung, Verkehrsplanung und -dienstleistung sowie der Industrie- und Handelskammer über die für München wichtigen Ergebnisse von „MORECO“ informiert. Aus den Observern wurden Supporter, die sich auch weiterhin um die Umsetzung bemühen.



Der Salzburger Karikaturist Thomas Wizany hat für „MORECO“ Themen wie Wohnen, Arbeit, Bildung, Freizeit oder Ver- und Entsorgung mit viel hintergründigem Humor dargestellt.



Europa für Kleine

Europa ist groß, ein Kontinent, ein Staatenbund, eine Institution und für viele Bewohnerinnen und Bewohner nur schwer greifbar. Dabei findet Europa auch im Kleinen statt, zum Beispiel in der Kindertageseinrichtung in der Auenstraße.

Die integrative städtische Einrichtung nahm zwei Jahre lang am europäischen Programm für schulische Bildung COMENIUS teil – unterstützt vom Fachbereich Internationaler Austausch/Europabüro am Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München. Während des Projekts besuchte das Team der Auenstraße Kindertageseinrichtungen in Schweden, England, Lettland und der Türkei. Sie entdeckten Unterschiede und Gemeinsamkeiten und stellten fest, dass die pädagogischen Herangehensweisen in Deutschland gut und sinnvoll sind. Aus jedem Land nahm das Team Ideen mit, zum Beispiel den „Outdoor-Unterricht“ in Schweden. Dieser inspirierte die Erzieherinnen dazu, die schulvorbereitende Förderung künftig bewegender zu gestalten.

Auch die 90 Kinder in der Auenstraße erfuhren mehr über Sitten und Gebräuche in den Kindergärten anderer Länder. Besonders der englische „Pancake-Day“, an dem Kinder Unmengen an Pfannkuchen vertilgen und Wettrennen mit Pfannen veranstalten, oder das skandinavische Lichterfest zu Ehren der heiligen Lucia faszinierte die Kinder. Vielen Kindern, beispielsweise jenen mit Migrationshintergrund, half COMENIUS dabei, ihre Herkunft und Kultur anders wertzuschätzen.

COMENIUS war ein bis 2014 laufendes Programm der Europäischen Union mit dem Ziel, die Zusammenarbeit von Schulen aller Schulstufen und Schulformen innerhalb der Europäischen Union sowie die Mobilität von Schülern und Lehrern zu fördern. Im Rahmen der frühkindlichen Bildung nahmen deutschlandweit auch Kindergärten an dem Förderprogramm teil. 2015 wurde es durch das Programm ERASMUS+ abgelöst.

Europe moves (me)

Wie und warum bewegt Europa Menschen? Wie kannst du dich innerhalb Europas bewegen? Warum sollte Europa dich bewegen? Fragen wie diese wurden beim multinationalen Seminar „Europe moves (me)“ in Babenhausen diskutiert. Eine Woche lang befassten sich Jugendliche aus Spanien, Italien, Kroatien, München und Babenhausen unter anderem mit der Funktionsweise der EU und den Europawahlen. Das Projekt, das auch einen Tagesausflug nach Straßburg mit Besichtigung des Europäischen Parlaments und Diskussion mit der EU-Parlamentarierin Barbara Lochbihler (Die Grünen) beinhaltete, wurde unter der Regie des Referats für Bildung und Sport im Zeitraum von März bis September durchgeführt.

Meldungen in Kürze

Fachkräfte für Münchner Kitas – Eine Erfolgsbilanz

München will in Spanien pädagogische Fachkräfte für die städtischen Kindertageseinrichtungen gewinnen. Die 2013 begonnene Kooperation wurde 2014 erfolgreich fortgesetzt. Seit Dezember zählen vier weitere spanische Kindheitspädagoginnen zu den fest angestellten Mitarbeiterinnen der Landeshauptstadt München. Auf der Grundlage der Erfahrungen der Pilotphase 2013 wurde eine Fortbildungsreihe entwickelt, die speziell auf den Bedarf der Teilnehmerinnen

zugeschnitten und zu einem festen Bestandteil des Projekts wurde. Die spanischen Fachkräfte konnten die pädagogischen Fundamente ihres Studiums in Verbindung mit den pädagogischen Standards in den Münchner Kindertageseinrichtungen reflektieren und die im Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) verankerten pädagogischen Ansätze kennenlernen. Aktuell bereiten sich zwölf Kindheitspädagogikstudentinnen in Barcelona auf ihren Einsatz ab Juli 2015 in München vor. Um die Nachhaltigkeit des Projekts zu sichern, wird zurzeit an der konzeptio-

nellen Verankerung der Kooperation mit der Universität Autònoma de Barcelona gearbeitet. Ziel für 2015: Das Projekt wird zum Programm.

Austausch mit spanischen Bildungseinrichtungen

Der Fachbereich Internationaler Austausch/Europabüro des Pädagogischen Instituts am Referat für Bildung und Sport hat sein Serviceangebot um ein weiteres Instrument erweitert. Inspiriert von den traditionellen Kontaktseminaren der Nationalagentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung



Wie Interaktion auch ohne gemeinsame Sprache gelingt

Mehrsprachige Freundschaften und eine Erziehung zur Friedens- und Konfliktfähigkeit sind in Münchner Kindergärten längst gelebter Alltag. Doch wie machen es die anderen in Europa? Wie der Umgang mit Mehrsprachigkeit und Interkulturalität im deutsch-italienischen Kindergartensprengel in Bruneck von Südtiroler Erzieherinnen und Erziehern umgesetzt wird, erlebten die Münchner Kolleginnen beim EU-Pilotprojekt „formation“.

Das gemeinsame Arbeiten und Reflektieren über Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei diesen Themenfeldern, aber auch bei den nationalen Bildungssystemen, befruchtete den Fachaustausch länderübergreifend. Der Münchner Kunstphilosoph und Gründer der Kunstwerkstatt KUK, Christopher Oberhuemer, setzte dazu ganz niederschwellig an: Philosophische Betrachtungen zum persönlichen Umgang mit Konflikten sowie zum Umgang mit Migrationsbewegungen waren genauso Bestandteil der kunstpoetischen Reflexionen wie das konkrete Miteinander beim Malen von großflächigen Kunstwerken. Sprache als Werkzeug zur Reflexion, Sprache als Ausdrucksmittel, Sprache in all ihren Facetten – Christopher Oberhuemer gelang es, neue Impulse für die Münchner wie Südtiroler Erzieherinnen und Erzieher zu geben.

Theaterstück mit Migrantenkindern

Durch Hospitationen gewannen die Münchner Erzieherinnen einen differenzierten Einblick in verschiedene Kindergärten in Bruneck und Umgebung. Der Austausch über frühpädagogische Ansätze bezog sich dabei vorwiegend auf den interkulturellen Kontext. Die Einrichtungen sind sozialräumlich unterschiedlich eingebettet: So hat der Brunecker Kindergarten Bruder Willram einen hohen Migrationsanteil, der Kindergarten im 15 Kilometer entfernten Gais hingegen wird von wenig Kindern mit Migrationshintergrund besucht. „Theaterpädagogische Arbeit mit Migrantenkindern“ war ein Leuchtturmprojekt, das eine Pädagogin im Kindergarten Bruder Willram anschaulich und mit einfachen Mitteln darstellte: Ein Theaterstück wurde lediglich mit Musik und Tanz von den Migrantenkindern umgesetzt. Dieses Beispiel bestätigte die Verbindung zwischen Praxis und Theorie auf prägnante Weise: Kinder können auch mit wenig Sprachkompetenz in ihren Ressourcen angesprochen und in soziale Interaktionen im Gruppenalltag integriert werden.

Die Kooperation wurde durch den Kindergartensprengel Bruneck (Deutsches Schulamt Südtirol) und den Fachbereich Internationaler Austausch/Europabüro am Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München ermöglicht.

(NA BiBB) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) reiste eine Münchner Delegation der Städtischen Berufsschule für Zahntechnik, Chemie-, Biologie- und Drogerieberufe vom 09. bis 12. November 2014 nach Barcelona.

Programmpunkte des Seminars waren unter anderem das spanische Berufsbildungssystem und der Lehrplan für spanische Chemielaborantinnen und -laboranten, der fachliche Dialog mit der Partnerschule IES Narcís Monturiol in Barcelona, Besuche der Agència

de Salut Pública und von Bayer Materials Science, und die Rahmenbedingungen für die weitere Kooperation. Für 2016 wurde bereits der Gegenbesuch einer 16-köpfigen Delegation von Lehrkräften und weiteren Verantwortlichen angekündigt.

Schnupperkurse für Französisch

Parlez-vous Français? Mit einem „Oui“ oder „Non“ können bald einige Mädchen und Buben von fünf Münchner Kindertageseinrichtungen antworten. In Zusammenarbeit mit dem französischen Kulturinstitut in München haben

im November an den Einrichtungen Müllerstraße 5, Corneliusstraße 17, Himbselstraße 1, Sandstraße 22 und Stielstraße 6 Schnupperkurse für Französisch begonnen, die Kinder spielerisch an Sprache und Kultur des Nachbarlandes heranführen. Dabei orientieren sie sich an den Konzepten der jeweiligen Kita und berücksichtigen den Alltag und die Lebenswelt der Kinder. Das Angebot richtet sich an deutschsprachige Kinder und Kinder mit bi- und multilinguaem Hintergrund. Ziel ist, bilinguale Kitas weiter zu entwickeln und interkulturelle Brücken zu bauen.



Lebendes Mahnmal „Anonym“ von Susanne Wagner am Odeonsplatz.
Bilder: Thomas Splett

Die Neuvermessung Europas

Viele Städte in Europa gedachten im vergangenen Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren. Auch die Stadt München hat sich daran beteiligt. Initiiert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt entstand ein Programm, getragen und ermöglicht aber – und das ist einzigartig – durch die Arbeit von fast 70 Partnern. Museen und Kulturinstitute, Archive, Initiativen und wissenschaftliche Institutionen, Glaubensgemeinschaften und Gewerkschaften, Vereine und viele andere haben unter dem Titel „1914 | 2014. Die Neuvermessung Europas“ mehr als 170 Beiträge erstellt.

Das Augenmerk richtete sich besonders auf die ungeheuren Umbrüche zu Beginn des 20. Jahrhunderts. So entstand ein aktuelles Programm, das die Bezüge zwischen dem Ersten Weltkrieg und den umfassenden Veränderungen in Europa im letzten Jahrhundert aufzeigen wollte und implizit auch die Bedeutung der europäischen Idee.

Daher wurden oft Projekte von mehreren, auch internationalen Partnern getragen. Aus zwölf Ländern wurden hochkarätige Referentinnen und Referenten eingeladen. Der Blick über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus war unerlässlich für ein Programm, das den Ersten Weltkrieg als Anlass ernst nimmt. Große Themen der europäischen Politik fanden ihren Platz: Die „Völkerverschiebungen“, die mit dem Ersten Weltkrieg begannen, die Verbindungen in den Osten, die mit ihm abrisen, und auch die Traumata, die noch Generationen später wirken.

Verdrängte Perspektiven

Die Aufmerksamkeit für verdrängte Perspektiven zog sich durch den Zyklus. So untersuchten Kulturreferat, Goethe-Institut und Institut Français gemeinsam die „Erinnerung der Anderen“. Die Performance „Anonym“ auf dem Odeonsplatz beleuchtete eine Dimension des Kriegs, die lange als Tabuthema galt. Das lebende Mahnmal der Münchner Künstlerin Susanne Wagner erinnerte an die Opfer von sexueller Gewalt im Krieg, daran, dass sexuelle Gewalt eine Kriegswaffe war und ist.

Führungen, Ausstellungen, Konzerte, Hörfunksendungen, Kunstaktionen, Studienreisen, Wochenendseminare und vieles mehr stand auf dem Programm. Ohne die Partner aus Münchens Stadtgesellschaft wäre dieses große Projekt nicht möglich geworden. Geeint hat sie alle der Wille zum Dialog. Oder anders: Eine europäisch gestimmte Offenheit. Sie ist heute wichtiger denn je.





„What's the deal?“

Das Kulturprojekt „What's the deal?“ will die jungen urbanen Szenen Europas für einen nachhaltigen Lebensstil sensibilisieren und sie dazu inspirieren, gemeinsam neue Perspektiven zu finden. Die Bandbreite der Angebote, um das zu vermitteln, ist groß. Von einer mobilen, mit Skateboards befahrbaren Skulptur aus Altholz, die von April bis Dezember durch München wanderte, über nachhaltig produzierte Fahrräder oder stylische Mode und Möbelstücke aus Abfallprodukten der (Textil-)Industrie bis hin zu Mural-Art-Aktionen in Ljubljana als künstlerisches Gegengewicht zur allgegenwärtigen Werbung reichen die Aktionen.

Das von der Europäischen Union geförderte internationale Projekt wird seit September 2013 unter der Leitung des Kulturreferates gemeinsam mit Kunstzentrat e.V. (München), Kino Šiška (Ljubljana, Slowenien), Schmiede Hallein (bei Salzburg, Österreich) und Coolpolitics (Amsterdam, Niederlande) umgesetzt. Bis Mitte 2015 werden in diesen vier europäischen Städten künstlerische und kulturelle Aktivitäten geplant und verwirklicht: Skateboarding (München), urbanes Biking und Mural Art (Ljubljana), Design (Amsterdam) und Medienkunst (Hallein/Salzburg) sind die Genres, auf die sich die Partner fokussiert haben. Zusätzlich werden internationale Gastkünstlerinnen und -künstler in lokale Prozesse des Projekts eingebunden.

Die Ergebnisse werden präsentiert

Bei der Abschlussveranstaltung im Juni 2015 werden im zukünftigen Kreativquartier an der Dachauer Straße in München die entstandenen Kunstwerke und Ergebnisse des Projekts gesammelt der Öffentlichkeit präsentiert. Darüber hinaus regen Kreative und Fachleute aus allen Partnerstädten in Gesprächen und Diskussionen, aber auch in Performances und Workshops zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Themenbereichen gesellschaftliche Nachhaltigkeit, kreative Freiräume, Rückeroberung des öffentlichen Raums für Mural Art sowie Re- und Upcycling an.

Für mehr Toleranz im Umgang mit HIV/Aids-Kranken



Austausch zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien

Das Engagement für Klima- und Umweltschutz in Kiew unterstützt die Stadt München mit örtlichen Umweltorganisationen. Gemeinsam mit WECF e.V. wurden verschiedene Austauschmaßnahmen organisiert, um Know-how über Energieeffizienz und regenerative Energien weiterzugeben und über Klimaschutzmaßnahmen und -projekte zu diskutieren. 2014 fand mit Unterstützung der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) ein Weiterbildungsprogramm für Experten des für Energieeffizienz zuständigen Kiewer Kommunalunternehmens PIU in München statt. Die Fachschule für Umweltschutztechnik und erneuerbare Energien führte dazu einen mehrtägigen Intensivkurs durch. Mit dem Bauzentrum München tauschten sich die Fachkräfte über Förderprogramme und energieeffiziente Gebäudetechniken aus, sie führten Gespräche mit dem Berufsverband der Energieberater BAYERNEnergie e.V., mit der Energiegenossenschaft BENG sowie dem Referat für Gesundheit und Umwelt. Vereinbart wurde eine Kooperation im Bereich Energieeffizienz und Energieberatung. Geplant ist ein Beratungszentrum in Kiew nach dem Vorbild des Münchner Bauzentrums.

Seit mehr als vier Jahren besteht der engagierte Erfahrungsaustausch zwischen München und Kiew im Bereich der HIV-Prävention. Für eine langfristige Verbesserung im Umgang mit HIV/Aids in Kiew und den Abbau von Stigmatisierung wurde nun die Qualifizierung und Bewusstseinsbildung von medizinischem Personal sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Kiew als Schwerpunkt der weiteren Kooperation vereinbart.

Die Ukraine hat nach Angaben der Vereinten Nationen die höchste Neuinfektionsrate Europas, speziell Münchens Partnerstadt Kiew hat als Ballungszentrum besonders stark mit HIV- und Aids-Erkrankungen zu kämpfen. Die Zahl derer, die nichts von ihrer Infektion wissen, gilt als hoch. Stigmatisierung und Intoleranz gegenüber Infizierten und Gruppen mit riskantem Verhalten, zum Beispiel Homosexuellen oder Prostituierten, ist in der Gesamtbevölkerung weit verbreitet. Vorbehalte und Berührungängste gibt es sogar in medizinischen Einrichtungen und Organisationen. Die größte Herausforderung besteht in der gesellschaftlichen Ächtung der Krankheit und der Betroffenen.

Bessere Vernetzung nötig

Ziel eines neuen, zwei Jahre dauernden Projekts ist es, städtisches Personal aus der medizinischen und der sozialen Arbeit im Umgang mit HIV zu qualifizieren und zu sensibilisieren

sowie die Vernetzung und Zusammenarbeit der städtischen und nicht städtischen Facheinrichtungen und Beratungsstellen in Kiew zu verbessern. Die bestehenden Angebote sollen präziser auf Betroffene und Infizierte zugeschnitten werden. 2014 wurde eine Multiplikatoren-Fortbildung mit Schulungsunterlagen konzipiert und in Kiew durchgeführt. Münchner Kolleginnen und Kollegen bildeten 20 Fachkräfte als Multiplikatoren aus.

In einem einwöchigen Fachprogramm und anschließenden einwöchigen Hospitationen in der Landeshauptstadt vertieften die Kiewer ihr Wissen und diskutierten über Möglichkeiten, einige Münchner Modelle in der ukrainischen Hauptstadt umzusetzen. Grundlage dafür bildete eine Bestandsaufnahme der Situation der medizinischen und sozialen Beratungs- und Betreuungsangebote für HIV-Infizierte und Gruppen mit riskantem Verhalten sowie der Kooperationsstrukturen in Kiew, die Anfang 2014 erstellt wurde. Das Projekt wird über das Förderprogramm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ des BMZ in Höhe von 53000 Euro finanziert, für das sich die Stadt München mit Partnern aus Kiew beworben hatte.

Ein Signal gegen Repressionen

Die Städtepartnerschaft zwischen München und Kiew wurde um eine wichtige Facette erweitert, als die LGBT-Szenen beider Städte einen Vertrag über eine kontinuierliche Zusammenarbeit schlossen. Hier wie dort treten sie gemeinsam für die Rechte und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender ein (LGTB).

Die Szenepartnerschaft trägt durch Kunst- und Kulturprogramme, Diskussionen, Workshops und den Aufbau ehrenamtlicher Strukturen dazu bei, die Bedeutung von Menschenrechten, individuellen Freiheitsrechten und sexueller Selbstbestimmung in beiden Städten zu thematisieren und damit kontinuierlich eine freiheitliche, tolerante Gesellschaft, die europäischen Werten verpflichtet ist, mitzugestalten und zu bewahren.

Vielzahl an Aktivitäten

2014 fand unter einer Vielzahl an Aktivitäten in beiden Städten die Ausstellung „Kein Recht, sie selbst zu sein“ im Gasteig München statt. Ziel war es, eine breite Öffentlichkeit auf die Situation der Lesben in der Ukraine aufmerksam zu machen. Da die Ausstellung zum Schutz der Porträtierten und mangels Ausstellungsmöglichkeiten nicht in der Ukraine gezeigt wurde, war die Präsentation in der Partnerstadt München auch ein Zeichen von Solidarität und ein Signal des Widerstandes gegen die Repressionen.

Kooperationspartner waren unter anderem das Schwule Kommunikations- und Kulturzentrum Sub, die Lesbenberatungsstelle LeTra, die Gasteig München GmbH, die Landeshauptstadt München, das Arbeitsforum Ukraine e.V., die ukrainische Organisation New Wave for a better Future aus Cherson sowie der Verein LesKult – Lesben bewegen München.

In Kiew gab es in 2014 erstmalig durch die Förderung des Kulturreferates ein eigenes Kulturprogramm im Rahmen des zum wiederholten Male stattfindenden KyivPrides.



Vadym Kostyuk (ukrainischer Generalkonsul, 2. v. links) und Ehefrau (links), Oberbürgermeister Dieter Reiter (Mitte) und Edwin Grodeke, Vertreter des Kommunalreferates.

Münchens Partnerstädte auf dem Viktualienmarkt

2014 war für München und seine Partnerstädte ein außergewöhnliches Jahr. Bei vier der sieben Städteverbindungen stand ein Jubiläum an.

Das wurde mit großer Anteilnahme der Bevölkerung gefeiert. Dafür stellten die Markthallen München, ein Eigenbetrieb des Kommunalreferates, den internationalen Gästen auf dem Viktualienmarkt von Mai bis in den Herbst einen Stand zur Verfügung. Mit der Präsentation auf dem Markt wurde umgesetzt, was eine aktive Städtepartnerschaft auszeichnet: Menschen zusammenzubringen, miteinander zu reden und voneinander zu lernen.

Neben Edinburgh und Bordeaux präsentierten sich auch Cincinnati und Kiew auf dem Viktualienmarkt. Die ukrainische Hauptstadt bildete den Abschluss der Jubiläumsfeierlichkeiten. Wegen der politisch angespannten Lage in der Ukraine war lange unklar, ob Kiew die Einladung wahrnehmen würde. Am 5. September trafen die Gäste auf dem Markt ein, die von Oberbürgermeister Reiter begrüßt wurden. Dieser Besuch in München war angesichts der politischen Situation ein besonderes Bekenntnis zur 25 Jahre dauernden Partnerschaft zwischen München und Kiew, die geprägt ist von einem engen Austausch.

Zwei Fragen an Oberbürgermeister Dieter Reiter

Die Städtepartnerschaft zwischen München und Kiew wurde 1989 gegründet. In den ersten Jahren wurden die Schwerpunkte der Partnerschaft durch vorangegangene Weltergebnisse definiert: die Unterstützung für ehemalige ukrainische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Zeit des Nationalsozialismus und die Hilfe für die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe. Parallel dazu entstanden Schulpartnerschaften und Austauschprogramme für Lehrkräfte, die bis heute bestehen. In jüngerer Zeit nehmen Kooperationen im Gesundheits- und Umweltbereich einen hohen Stellenwert ein.

Sind Städtepartnerschaften heutzutage noch zeitgemäß?

Dieter Reiter: Natürlich! Zeitgemäßer denn je. Die Stadt Kiew hat dieses Jahr zum Beispiel mit einem Stand am Viktualienmarkt am Jubiläum der Städtepartnerschaften teilgenommen. Das allein zeigt schon, welchen Stellenwert unsere Partnerschaft für Kiew hat. Städtepartnerschaften fördern nicht nur den Austausch von Waren und Dienstleistungen, sondern eröffnen uns auch einen anderen Blick auf das Leben in anderen Ländern. Für mich bieten diese Partnerschaften eine wunderbare Möglichkeit, miteinander zu reden, voneinander zu lernen,

einander zu vertrauen und sich zu unterstützen. Das ist gerade in politischen Krisenzeiten enorm wichtig. **Wie kann die Landeshauptstadt die Stadt Kiew unterstützen?** Dieter Reiter: Vor allem mit Solidarität, wenn Menschen diskriminiert und unterdrückt werden – zum Beispiel wegen ihrer sexuellen Identität. Und es geht auch um einen intensiven Austausch in den Bereichen Bildung und Sport: Schüler, Studierende und Lehrer sind in den vergangenen 25 Jahren regelmäßig in beide Richtungen unterwegs gewesen. Bei diesen Besuchen entstanden zahlreiche wertvolle Projekte und Initiativen.

Schulmöbel für Subotica

Die Städtepatenschaft, die München für die serbische Stadt Subotica übernommen hat, existiert seit 15 Jahren. Serbien ist inzwischen EU-Beitrittskandidat, dennoch leben nach wie vor große Teile der Bevölkerung in Armut, der Bedarf an Hilfe von außen ist groß. Das Sozialreferat hat Subotica 2014 vor allem im Jugend- und Kulturbereich unterstützt. Kinder aus Subotica konnten dadurch am Straßenfußballturnier „bunt kickt gut“ und an einem Ferien-camp in Bayern teilnehmen. Zu den wichtigsten Partnern

der Patenschaft zählen die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des BRK-Arbeitskreises „Hilfe für Menschen in Not“. Dank ihres Spendenlagers und der Erfahrung aus vielen Hilfstransporten wurden in der Vergangenheit Schulen, soziale Einrichtungen, das örtliche Altenheim und das Krankenhaus in Subotica mit dringend benötigten Möbeln und technischen Geräten versorgt. Im März 2014 brachten sie gespendetes Schulmobiliar nach Subotica.

Starthilfe ins Berufsleben



„ViSA – Vielfalt in Schule und Ausbildung“ war ein von der EU gefördertes Projekt, das bis Ende 2014 auch in München realisiert wurde. Junge Menschen erhielten Qualifikationsangebote und Beratung, um den Übergang Schule – Ausbildung und Ausbildung – Beruf erfolgreich zu meistern. Das XENOS-Verbundprojekt richtete sich an benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund in München.

Eine beispielhafte Situation: Jugendliche, die die Schule abgebrochen haben, keinen Schulabschluss erreicht haben und sich noch nicht fit genug für eine Ausbildung fühlen. Das Angebot durch „ViSA“: In einem praxisorientierten Lehrgang wurden grundlegende Kenntnisse nachgeholt und im Rahmen von Praktika Berufsfelder erprobt.

Das Projekt „ViSA“ wurde von den Verbundpartnern Münchner Volkshochschule, den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft gGmbH, dem Euro-Trainings-Centre e.V. und dem Evangelischen Migrationszentrum im Griechischen Haus durchgeführt.

Durch die vielfältigen Kooperations- und Vernetzungswege entstanden neue Impulse für die konzeptionelle Weiterentwicklung und die nachhaltige Wirkung der Projekte in den Übergangssystemen. Das Projekt wurde vom Europäischen Sozialfonds, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Landeshauptstadt München sowie durch Eigenmittel der Verbundpartner finanziert.

Das Projekt hatte folgende Ziele:

- Qualifizierung und Weiterbildung von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund
- Stärkung von interkulturellen Kompetenzen zur Verbesserung der individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt
- Sensibilisierung der Akteure auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt für die Themen Interkulturalität und soziale Vielfalt (Diversity)
- Prävention gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft
- Vernetzung und Kooperation mit Migrant*innenorganisationen

Die Leadpartnerschaft des Projektverbundes hatte die Münchner Volkshochschule (MVHS). Alle vier Verbundpartner steuerten unterschiedliche Teilprojekte bei. Kompetenzen wie Arbeiten im Team, Selbstvertrauen und Durchhaltevermögen wurden in unterschiedlichen Projekten gestärkt. Das Angebot war auch für Jugendliche mit Förderbedarf in Deutsch als Zweitsprache geeignet.

Die Erfahrungen und Ergebnisse aus der knapp dreijährigen Modellprojektarbeit sind in die fachlichen Standards der Teilprojekträger eingeflossen. Die entstandenen Leitfäden, Curricula und Handlungsempfehlungen werden allen Kooperations- und Netzwerkpartnern zur Verfügung gestellt und können auf der Projektwebsite www.vielfaltmuenchen.de abgerufen werden.

Flüchtlingen die Rückkehr erleichtern

2014 war Flucht eines der vorherrschenden Themen in Europa. In Deutschland verdoppelte sich die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden gegenüber dem Vorjahr. Die Entwicklung stellte mancherorts die Kommunen vor große Herausforderungen, löste jedoch gleichzeitig eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung aus und führte nicht zuletzt zu einem Umdenken auf politischer Ebene. Die Integrationsangebote für Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive sollen deutlich verbessert werden.

Das Sozialreferat der Landeshauptstadt nutzt schon seit Jahren diverse Fördertöpfe der EU für seine Integrationsprojekte. „Schule für Alle“ etwa ist ein Projekt, das seit Juli 2012 aus dem Integrationsfonds gefördert wird. Angeboten werden Sprachbegleitkurse für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig geht es um die Verankerung von Deutsch als Zweitsprache in der Lehrerfortbildung und um die interkulturelle Schulentwicklung.

Das Netzwerkprojekt „FIBA – Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung“ wird zu 90 Prozent aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Im Mittelpunkt steht hier die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation junger Flüchtlinge und die berufliche Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration von erwachsenen Flüchtlingen.

Der Rückkehrwille ist groß

Trotz unsicherer politischer und wirtschaftlicher Lage in den Heimatländern ist die Nachfrage nach Unterstützung einer freiwilligen Rückkehr groß. Im Rahmen des „Coming Home“-Projekts erhalten Migrantinnen und Migranten individuelle Beratung und Hilfe bei der Vorbereitung und Organisation ihrer Heimreise. Damit der Neuanfang gelingt, ist vieles zu berücksichtigen, zum Beispiel die Übersetzung von Schul- und Arbeitszeugnissen, Impfungen und Gesundheitsschutz, Geltendmachung von Rentenansprüchen und die Kündigung von Wohnung und Verträgen. Dank der EU-Förderung können die Rückkehrer finanziell unterstützt werden, mit einer Starthilfe, einer Ausbildungsbeihilfe, Übernahme von Krankenkosten oder auch bei einer Existenz-

gründung. Das EU-Projekt „Coming Home“ besteht bereits seit dem Jahr 2000 und hat bisher rund 10 000 Menschen unterstützt. Im Jahr 2014 kamen mehr als 300 Personen zur Beratung, die Hälfte von ihnen entschied sich zur Rückkehr in die Heimat und erhielt die dafür notwendige Hilfe.

Ein Ziel der EU-Förderpolitik ist es, die Erprobung innovativer Ideen und Vorhaben zu ermöglichen und weiterzuentwickeln. Hat sich ein Projekt bewährt, kann es als Vorbild für andere Kommunen dienen und landes- oder europaweit adaptiert werden. „Coming Home“ ist hierfür ein gutes Beispiel. Im Rahmen des Projektes sind professionelle Qualitätsstandards und Schulungskonzepte für die Rückkehrberatung entstanden. „Coming Home“ ist mittlerweile für die bundesweite Aus- und Weiterbildung von Beratungspersonal zuständig. Die Erfahrungen, die im Rahmen des EU-Projekts gesammelt wurden, fließen in die Entwicklung eines „integrierten Rückkehrmanagements“ ein, das aktuell im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erarbeitet wird.





„DELI“ fördert Firmenvielfalt

Das Potenzial von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund in der Münchner Wirtschaft sichtbar machen und eine bessere Vernetzung herstellen, das sind Ziele des europäischen Projekts „DELI“. In der Praxis heißt das: Bei der Vergabe von Aufträgen an Migrantenunternehmen werden Hürden abgebaut. Und sie sollen dauerhaft am Markt etabliert werden. Das Kürzel „DELI“ steht für „Diversity in the Economy and Local Integration“, also für die Förderung von Vielfalt und Integration.

Vielfalt in der lokalen Wirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor, und diese internationale Verankerung Münchens spiegelt sich in den gesellschaftlichen und unternehmerischen Aktivitäten wider. Fast jede zweite Gewerbeanmeldung in München erfolgt durch Menschen mit ausländischen Wurzeln. Mehr als 28 000 Unternehmen mit zusammen rund 100 000 Arbeitsplätzen werden in München von Migrantinnen und Migranten geführt. Die Landeshauptstadt München unterstützt deshalb seit Jahren Migrantenunternehmen dabei, sich am Markt zu etablieren.

Die Integration fördern

Mit dem Projekt „DELI“ erweitert die Landeshauptstadt ihre Aktivitäten um einen Multi-Stakeholder-Ansatz: Das Projekt fördert bestehende Netzwerke, baut neue auf und bringt Vertreterinnen und Vertreter aus den relevanten Wirtschaftsbereichen der Stadt zusammen. „DELI“ verbindet

zwei wichtige Themen der europäischen Wirtschaft: Die Stärkung von Unternehmertum und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft.

München wurde als Teilnehmerin am Projekt ausgewählt, weil die Stadt schon umfangreiche Netzwerkaktivitäten zur Einbindung von Migrantenunternehmen in das lokale Wirtschaftsleben initiiert hat. Zehn europäische Städte beteiligen sich an dem Programm. Neben München sind es Dublin, Wien, Londons Stadtteil Lewisham, Bukarest, Getxo, Catagena, Lissabon, Rotterdam, Reggio Emilia. Die einzelnen Städte stehen beim Thema Förderung von mehr Diversität und Integration von Migrantenunternehmen vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen. Ein wichtiges Ziel des Projekts ist daher der gegenseitige Austausch von Best-Practice-Beispielen.

„DELI“ wird aus Mitteln der Europäischen Union und des Europarats finanziert. In München unterstützt das Referat für Arbeit und Wirtschaft „DELI“ im Rahmen des Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ). „DELI“ wurde 2014 vom Europarat gemeinsam mit der Europäischen Kommission ins Leben gerufen und hat eine Projektlaufzeit bis Ende Juni 2015.

Wegweisend: „Fair Move“



Die EU-Kommission unterstützt Bemühungen um einen nachhaltigen Stadtverkehr mit der Kampagne „Do the Right Mix“. Im Zuge dessen wurde das KVR-Projekt „Fair Move – Mobilität bewegt Schule“ als einziges deutsches Projekt unter 19 internationalen Beteiligten für eine finanzielle Förderung ausgewählt. „Fair Move“ hat der Verein MobilSpiel im Auftrag des Kreisverwaltungsreferats entwickelt.

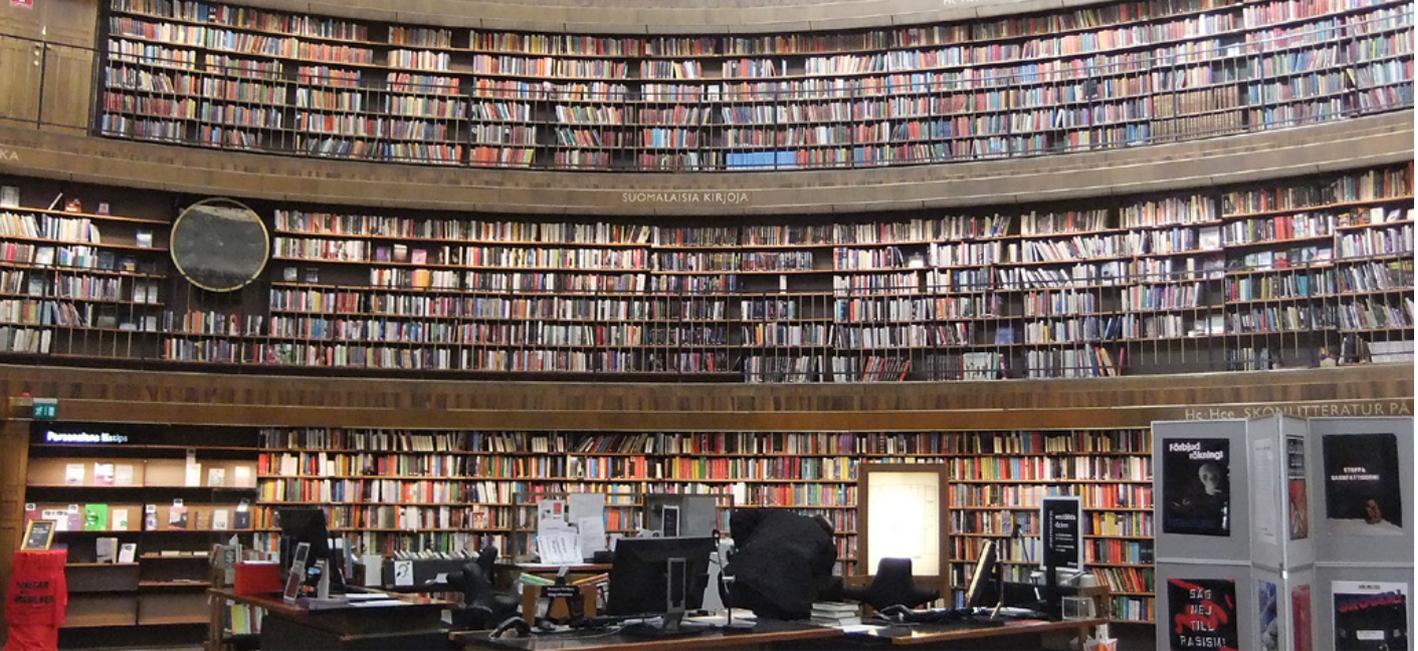
Das Projekt will Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Klasse und ihre Lehrkräfte dazu bewegen, kritischer über Mobilität und Verkehrsnutzung nachzudenken und in Zukunft mehr auf nachhaltige Verkehrsnutzung zu setzen. Dazu kooperiert der Verein mit dem Verkehrszentrum des Deutschen Museums in München. Im Museum arbeiten die Zehn- bis Zwölfjährigen in kleinen Gruppen zu Themenschwerpunkten wie umweltfreundliche Mobilität, öffentlicher Nahverkehr und die Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch und Umwelt. Die Lehrer werden gesondert geschult und erhalten Unterrichtsmaterialien

zu dem Projekt. Sogar der Weg zum Verkehrszentrum ist Teil des Unterrichts: Die Schüler müssen auf ihrem Weg verschiedene Aufgaben erfüllen, die in die Ergebnisse des Projekts einfließen.

Eine Option für jeden

EU-Verkehrskommissar Siim Kallas sagte bei der Präsentation der Gewinner in Brüssel: „Europa hat sich im Laufe dieser Kampagne durchweg als unglaublich innovativ beim Aufbau einer nachhaltigen Mobilitätskultur in der Stadt gezeigt. Die verschiedenen Aktivitäten haben deutlich gemacht, dass ein nachhaltiger Verkehr eine Option für jeden ist. Wir hoffen, dass diese Förderung es den Wettbewerbsteilnehmern ermöglicht, ihre an der Basis ansetzende, hervorragende Arbeit fortzusetzen.“

Durch die EU-Förderung in Höhe von 7000 Euro wurden außerdem neue Materialien wie Poster zu den Themen Klimawandel, umweltfreundliches Unterwegssein und Elektromobilität, Puzzles zu verschiedenen Fortbewegungsmöglichkeiten und Schüleraktionshefte professionell gestaltet und gedruckt.



Zwei Wochen in Stockholm mit 200 000 Büchern in 120 Sprachen

Margareta Lindner von der Stelle für Interkulturelle Bibliotheksarbeit der Münchner Stadtbibliothek war im März 2014 zwei Wochen lang in Stockholm, um die Internationale Bibliothek der Stadtbibliothek Stockholm kennenzulernen. Im Rahmen des EU-Förderprogramms Leonardo „Go Europe“ konnte sie sich einen Einblick in die Arbeitsweise, das Angebot und die gesetzlichen Rahmenbedingungen verschaffen. Hier ihr Bericht:

Mehr als 200 000 Bücher und andere Medien in 120 Sprachen – dieses beeindruckende multilinguale Angebot findet man in Stockholm in der „Internationala biblioteket“, der Internationalen Bibliothek. Das multilinguale Angebot ist nicht nur als Beitrag zur Integration, im Sinne von sich besser Zurechtfinden in der Gesellschaft, zu verstehen, sondern ist konsequente Folge des Rechts auf Pflege der Herkunftssprache. Dieses Selbstverständnis, als öffentliche Einrichtung Verantwortung dafür zu tragen, dass alle Teile der Bevölkerung Zugang zu ihren Rechten und zur Teilhabe erhalten, und damit Teil des demokratischen Systems zu sein, begegnete mir bei meinem zweiwöchigen Aufenthalt in Schweden sehr oft.

Seit Januar 2014 ist in Schweden ein neues Bibliotheksgesetz in Kraft. Alle Bibliotheken müssen nach dem neuen Gesetz bestimmten Gruppen besondere Aufmerksamkeit widmen. Diese Gruppen sind Menschen mit Behinderungen, Menschen, deren Muttersprache nicht Schwedisch ist, sowie nationale Minderheiten. Für die beiden letzteren Gruppen ist ausdrücklich die Bereitstellung von Literatur in den jeweiligen Sprachen und in leichtem Schwedisch vorgeschrieben.

Der Fokus der Internationalen Bibliothek liegt auf den Medienangeboten für Migrantinnen und Migranten. 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit insgesamt 27 unterschiedlichen muttersprachlichen Kenntnissen bemühen sich, Medien für in Schweden lebenden Zuwanderer zu beschaffen. Barrierefreiheit und Spezialangebote für Menschen mit Behinderungen sind ebenfalls eine Selbstverständlichkeit. So findet sich etwa gleich im Eingangsbereich der Stockholmer Hauptbibliothek im historischen Asplundgebäude eine große Abteilung mit speziellen Hörbüchern für Menschen mit Sehbehinderungen und Literatur in leichter Sprache („Lättläst“).

Hospitationen bereichern

Lebenslanges Lernen im europäischen Kontext zu ermöglichen, das fördert die Landeshauptstadt intensiv mit Hospitationen in ganz Europa, unterstützt vom Programm ERASMUS+. Die Hospitationen in anderen europäischen Stadtverwaltungen und Einrichtungen fördern zum einen die berufliche Entwicklung, zum anderen das Verständnis für gemeinschaftliches Arbeiten auf europäischer Ebene. Das Programm ist eine hervorragende Möglichkeit für die fachliche, sprachliche und insbesondere die persönliche Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gerade die sprachliche und kulturelle Erfahrung sind ein großer Gewinn. Das bestätigt auch der Bericht einer städtischen Mitarbeiterin, den wir exemplarisch veröffentlichen.



Preise und Auszeichnungen

Umsteiger perfekt motiviert

Gut informiert: Wer Bescheid weiß, kann vernünftig handeln. Und zum Beispiel die verschiedenen Angebote des Öffentlichen Nahverkehrs besser nutzen und die Straßen von zusätzlichem Autoverkehr entlasten. Weil das Kreisverwaltungsreferat (KVR) gerade in diesem Bereich vorbildlich aufgeklärt und motiviert hat, wurde es ausgezeichnet. Auf der Europäischen Konferenz für Mobilitätsmanagement in Florenz ging der „Best International Policy Transfer Award 2014“ an München und Almada in Portugal. Beide Städte haben in dem EU-Projekt „SEGMENT“ gemeinsam an Strategien gearbeitet, um den Verkehr möglichst stadt- und umweltverträglich zu gestalten.

Dabei ist Almada auf das seit vielen Jahren in München erfolgreich umgesetzte Neubürgerpaket aufmerksam geworden: Neu-Münchner werden von MVG und KVR mit einem Mobilitätsordner begrüßt, der neben umfangreichen Informationen zu allen Verkehrsmitteln die Möglichkeit bietet, den Münchner Nahverkehr eine Woche lang kostenlos zu testen. Auf Wunsch gibt es auch eine telefonische Mobilitätsberatung. Dank einer Hospitation von Mitarbeitern der Stadtverwaltung von Almada in München dürfen sich die Neubürger von Almada nun über ein ähnliches Begrüßungspaket freuen.

„Corporate Health Award 2014“

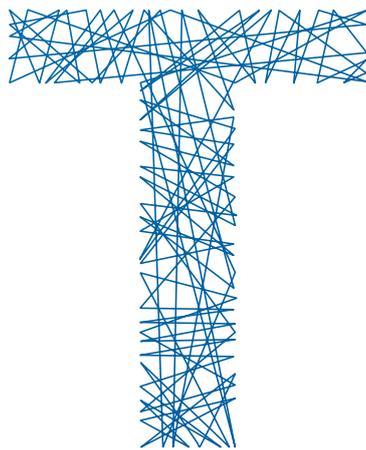
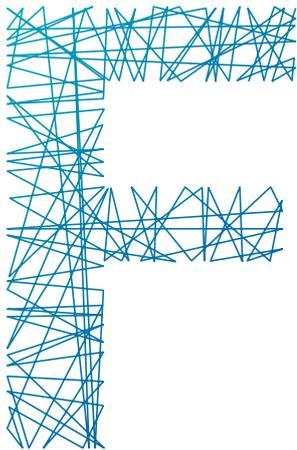
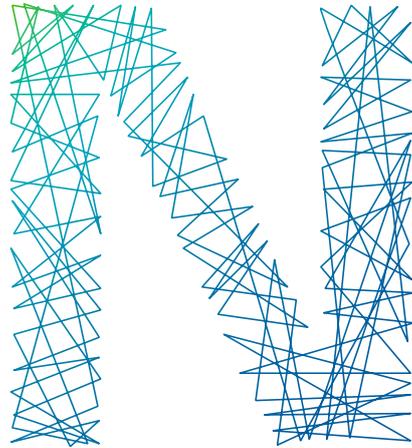
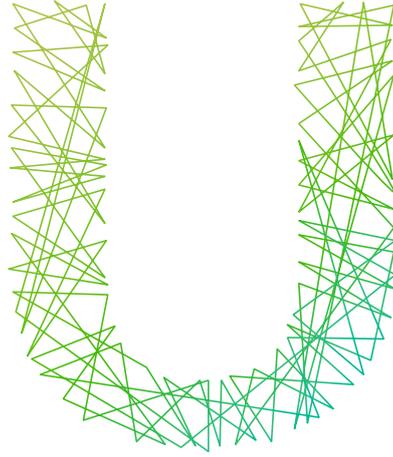
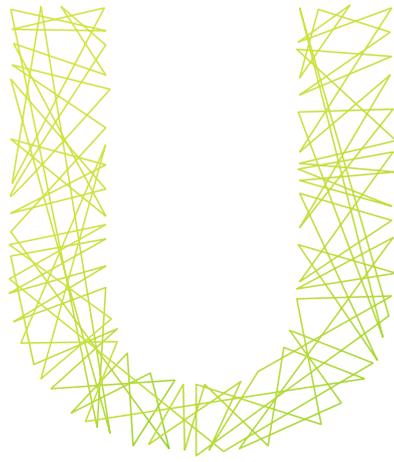
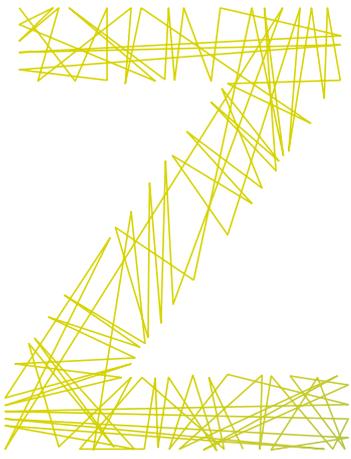
Schöne Bestätigung: Die Landeshauptstadt München wurde im November 2014 zum zweiten Mal nach 2012 mit dem „Corporate Health Award“ in der Kategorie „Öffentliche Verwaltung“ ausgezeichnet. Der Preis ist eine Initiative des Handelsblatts, des TÜV Süd und des Marktforschungsinstituts EuPD Research Sustainable Management. Mit dem „Corporate Health Award“ werden seit 2009 jährlich die besten betrieblichen Gesundheitsmanagement ausgezeichnet.

In ihrer Begründung hob die Jury hervor, dass die Leistungen des betrieblichen Gesundheitsmanagements besonders gut auf die Bedürfnisse ihrer Beschäftigten abgestimmt seien – zum Beispiel betreibt die Landeshauptstadt eine eigene psychosoziale Beratungsstelle. Darüber hinaus beeindruckte die Juroren, dass durch die vorbildliche Auswahl und Einführung der Führungskräfte diese für das Thema Gesundheit hervorragend sensibilisiert würden. Auch habe das partizipative Delegationsystem in Form der Gesundheitskordinatorinnen und -koordinatoren Vorbildcharakter für viele Unternehmen mit einer dezentralen Organisationsstruktur.

Gütesiegel zur Chancengleichheit

Frauen fördern: Die Landeshauptstadt wurde 2014 zum sechsten Mal in Folge mit dem Total-E-Quality-Prädikat für ihr Engagement für mehr Chancengleichheit ausgezeichnet. Dieses Gütesiegel erhalten Organisationen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, die auf Chancengleichheit von Frauen und Männern Wert legen. Aktuell führen deutschlandweit 58 Organisationen dieses Prädikat, darunter nur zwei kommunale Arbeitgeber: München und Dortmund. Die Jury begründete die wiederholte Auszeichnung mit den Aktivitäten zur Gleichstellung, die deutlich über die Anforderungen des Gleichstellungsgesetzes hinausgingen. Die Landeshauptstadt zeige damit eine überzeugende Haltung zur Chancengleichheit.

Mittlerweile sind fast die Hälfte der Führungskräfte (47,5 Prozent in 2013) bei der Stadtverwaltung weiblich, ohne Eigenbetriebe sind es sogar 51 Prozent. Auch hat die Stadt den Anteil an Führungspositionen, die in Teilzeit ausgeübt werden, kontinuierlich auf mittlerweile fast 20 Prozent erhöht, von denen wiederum fast 80 Prozent mit Frauen besetzt sind. Aktuell wurde 2014 das Handbuch „Frauen in München“ von der Gleichstellungsstelle für Frauen neu aufgelegt. Positiv bewertet wurde auch, dass München die Vereinbarkeit von Beruf und Familie um die Möglichkeit zur Pflege älterer Angehöriger erweitert und die Aktivitäten zur Führung in Teilzeit verstärkt hat.



Hochkarätige CEMR-Tagung in München

Der europäische Dachverband des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), das Council of European Municipalities and Regions (CEMR), repräsentiert etwa 150 000 Städte und Gemeinden aus 41 europäischen Ländern. Das „Policy Committee“ ist das wichtigste Entscheidungsgremium des CEMR und tagt zweimal im Jahr. Das Treffen am 25. und 26. Juni 2015 wird auf Einladung

des Zweiten Bürgermeisters Josef Schmid in München stattfinden. Damit ist die Landeshauptstadt nach der EUROCITIES-Jahreskonferenz Anfang November 2014 auch dieses Jahr Gastgeberin einer hochkarätigen Tagung europäischer Meinungsbildner: „Das ist ein schöner Beweis dafür, wie wir auf EU-Ebene wahrgenommen werden“, freut sich Henriette Wägerle, Fachbereichsleiterin Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft.

Europäisches Jahr der Entwicklung

Unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ wurde 2015 zum Europäischen Jahr für Entwicklung erklärt. Ziel ist es, europaweit für entwicklungspolitische Themen zu sensibilisieren, ein größeres Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung und für Handlungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu schaffen.



München wird das Europäische Jahr für Entwicklung unter anderem bei der entwicklungspolitischen Börse aufgreifen. Im Fachbereich Europa werden sämtliche städtischen Aktivitäten koordiniert. An Aktionen sind außerdem geplant: Eine Ausstellung „München – Partner weltweit“ sowie ein Bürgerdialog „Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 – Kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Blickpunkt“.

Das Themenjahr 2015 stellt eine europäische Entwicklungspolitik in den Mittelpunkt, die sich der globalen Nachhaltigkeit verschreibt. Es geht nicht nur um weltweite Hilfsleistungen. Es geht vor allem um die globale Verantwortung für Natur, Klima und Ressourcen, um nachhaltige Konzepte für weltweiten Handel, Landwirtschaft und Konsum. Diese Verantwortung kann nur gemeinsam und durch den gleichberechtigten partnerschaftlichen Dialog aller Akteure eingelöst werden.

Global und nachhaltig

2015 ist ein entscheidendes Jahr für die internationale Entwicklungspolitik, da die Frist zur Umsetzung der von der Staatengemeinschaft vereinbarten Millenniumentwicklungsziele (MDG) ablaufen wird. In diesem Jahr werden Vereinbarungen für die folgenden Jahre getroffen, und der Fokus wird auf der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung liegen. Vor diesem Hintergrund schätzt auch die Europäische Union den Zeitpunkt als besonders geeignet ein, um intensiv und öffentlich über die europäische Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten

in der globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik zu diskutieren.

Es ist das erste Europäische Themenjahr, in dem der Schwerpunkt auf den Außenbeziehungen der EU liegt. Mehr als die Hälfte (60 Prozent) der Entwicklungshilfe weltweit stammt aus der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Darüber hinaus ist die EU als größter Binnenmarkt der Welt auch der wichtigste Handelspartner der Entwicklungsländer, zu dem sie einen zollfreien Zugang erhalten. Ergänzend dazu hilft die EU mit Wissenstransfer, um lokale Probleme wie beispielweise den immensen Abfluss von Steuern und die Intransparenz der Steuersysteme zu beheben.

Die drei Ziele des Themenjahres auf einen Blick

Informieren: Interessierte werden über die aktuelle Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten umfassend informiert.

Einbinden: Das aktive Engagement für und die kritische Auseinandersetzung mit der europäischen Entwicklungspolitik wird gefördert.

Bewusstsein schärfen: Das Bewusstsein der Menschen für den Nutzen und die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit wird geschärft – sowohl in den Mitgliedsstaaten als auch in den Partnerländern. In der Öffentlichkeit wächst das Verständnis der Politikohärenz im Interesse der Entwicklung sowie ein Gefühl für gemeinsame Verantwortung und Solidarität.

EU-Projekte der einzelnen Referate

Förderprogramm	Projekt	Thema	Beteiligte Referate	Laufzeit	Förder-summe
ESF (XENOS)	ViSA (Vielfalt in Schule und Ausbildung)	Unterstützung benachteiligter Jugendlicher mit und ohne Migrationshintergrund beim Übergang von Schule zu Ausbildung/Beruf	RBS/MVHS	2012–2014	313 000 €
ESF	GUIDE	Existenzgründung von Frauen im Großraum München	RAW	2014–2015	390 000 €
ESF	ZAK (Zentrum für Angewandte Kompetenz und Mentoring)	Berufliche Beratung, Planung und Orientierung in Kombination mit externem Monitoring	RAW	2014–2015	235 000 €
ESF	AMIGA	Unterstützung für qualifizierte Migrantinnen und Migranten beim Einstieg in den lokalen Arbeitsmarkt	RAW	2013–2015	190 000 €
ESF	power_m	Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt	RAW/MVHS	2014–2015	2,08 Mio €
ESF	mona lea	Berufliche und sprachliche Qualifizierung für Migrantinnen	SOZ/MVHS	2014–2015	443 000 €
ESF	IMAL	Berufliche Qualifizierung im künstlerischen Fachbereich mit künstlerischen Produktionen	SOZ/KULT	Seit 1996	490 000 € jährlich
ESF	FIBA	Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung	SOZ	2014	362 500 €
ESF	Work-Life-Balance	Lebensphasenorientierung als Chance zur Führungskräfte-sicherung	RAW	2012–2015	462 000 €
Europe-Aid	Local Authorities acting for the Millenium Development Goals	Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Rahmen von lokalen Partnerschaften	RGU	2013–2015	107 388 €
INTERREG IV C	IMAGINE	Energieeffizienz und Gouvernance	RGU	2012–2014	138 126 €
INTERREG IV B	PUMAS	Regionale Mobilität	RGU	2012–2015	183 000 €
INTERREG IV B	MORECO	Mobilität und Siedlungskosten	PLAN	2011–2014	136 000 €
Europäischer Integrationsfonds	Schule für alle	Deutschunterricht für Migrantenkinder an Münchner Schulen	SOZ	2014	368 590 €
Europäischer Integrationsfonds	DELI (Diversity in the Economy and Local Integration)	Unterstützung von Migrantenunternehmen	RAW	2014–2015	52 000 €
Urbact II	Prevent	Verringerung der Schulabbrecherquote	RBS	2013–2015	43 460 €
Jugend in Aktion	Europe Moves (Me)	Multinationales Seminar mit Jugendlichen	RBS	2014	16 500 €
ISEC	Sicherer Tourismus	Wie kann die Sicherheitslage in Großstädten verbessert werden?	RAW/KVR	2013–2015	16 000 €
7. Forschungsrahmenprogramm	OpenDataMonitoring	Aufbereitung von OpenData für öffentliche eGovernment-Portale	RAW/D	2013–2015	12 000 €
European Commission's Sustainable Urban Mobility Campaign	Do the Right Mix Campaign Fund	Fair move	KVR	2014	7000 €
Kultur	What's the deal?	Nachhaltigkeit und urbane Kulturen	KULT	2013–2015	97 500 €
Europäischer Rückkehrfonds	BeNIP	Behördliches Netzwerk für internationale Projektarbeit im Bereich Rückkehr und Reintegration	SOZ	2014	2500 €
Europäischer Rückkehrfonds	IntegPlan	Integrierte Rückkehrplanung und Vernetzung	SOZ	2014	30 300 €
Europäischer Rückkehrfonds	Coming Home	Rückkehrhilfen	SOZ	2014	385 000 €

ESF: Europäischer Sozialfonds

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebensverhältnisse der Menschen in allen 28 Mitgliedstaaten zu verbessern. Seit 50 Jahren wendet sie sich mit dem ESF direkt an die Menschen. Der ESF unterstützt die Menschen in Europa bei der Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt und trägt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Für Deutschland werden aus dem Fonds von 2014 bis 2020 insgesamt 2,7 Milliarden Euro bereitgestellt. Das Geld soll die Bundesregierung und die Länder dabei unterstützen, die Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie zu realisieren.

EIF: Europäischer Integrationsfonds

Der Europäische Integrationsfonds dient der Integration Drittstaatenangehöriger (Nicht-EU). Er umfasst fünf Maßnahmen:

- Integration und Sprache
- Integration und Kommune
- Interkultureller Dialog
- Indikatoren und Bewertungsmethoden zur Messung der Fortschritte, Anpassung der Strategien und Maßnahmen zur Erleichterung der Koordination des vergleichenden Lernens
- Innerstaatliche Vernetzung, Austausch und interkultureller Kapazitätenaufbau

ERF: Europäischer Rückkehrfonds

Aus dem Europäischen Rückkehrfonds stehen Fördermittel sowohl für die freiwillige als auch für die zwangsweise Rückkehr zur Verfügung. Der Fonds wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwaltet. Zielgruppe der Rückkehrförderung sind sowohl Asylbewerber während und nach Abschluss des Asylverfahrens, als auch sonstige – ausreisepflichtige – Ausländer. Gefördert wird zum Beispiel die Arbeit von Rückkehrberatungsstellen, die Rückkehrinteressierte über die Situation in ihrem Herkunftsland informieren und Perspektiven aufzeigen. Auch Maßnahmen, die auf die besondere Lage schutzbedürftiger Rückkehrer zugeschnitten sind, können in die Förderung einbezogen werden, ebenso Maßnahmen für die berufliche Bildung und die Wiedereingliederung im Heimatland.

INTERREG

INTERREG fördert die Zusammenarbeit zwischen den Städten, Regionen und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und ist Teil des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“. Wie schon in der vorausgegangenen INTERREG-Periode geschieht dies bei INTERREG mit drei Ausrichtungen:

- grenzübergreifende Zusammenarbeit (Ausrichtung A): Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit in benachbarten Grenzregionen auf der Grundlage gemeinsamer Strategien und Entwicklungsprogramme
- transnationale Zusammenarbeit (Ausrichtung B): staatenübergreifende Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden in transnationalen Kooperationsräumen zur Stärkung einer harmonischen räumlichen Entwicklung des gesamten Gebietes der EU und einer besseren Integration der neuen Mitgliedsstaaten
- interregionale Zusammenarbeit (Ausrichtung C): Kooperationsnetze und Erfahrungsaustausch, um die Wirksamkeit bestehender Instrumente für Regionalentwicklung und Kohäsion zu verbessern.

Die Förderung von Projekten erfolgt im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Antragsberechtigt sind Konsortien, bestehend aus nationalen, Länder-, regionalen und kommunalen Körperschaften, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen in den transnationalen Kooperationsräumen. Die Beteiligung privater Akteure ist je nach Programm unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

ERASMUS+

Mit ihrem neuen Programm Erasmus+ will die EU das Kompetenzniveau und die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen verbessern und die allgemeine und berufliche Bildung sowie die Jugendarbeit modernisieren. Das auf sieben Jahre ausgelegte Programm verfügt über ein Budget von 14,7 Milliarden Euro. Erasmus+ bietet mehr als vier Millionen Europäerinnen und Europäern neue Chancen: für Studium, Ausbildung, Sammeln von Arbeitserfahrung oder Freiwilligentätigkeit im Ausland. Das Programm fördert grenzübergreifende Partnerschaften und die Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Ausbildungsstätten und Jugendorganisationen. Ziel ist die Annäherung der Bildungs- an die Arbeitswelt, um derzeitige Qualifikationslücken in Europa zu schließen. Es unterstützt auch nationale Maßnahmen zur Reform der Bildungs- und Ausbildungssysteme und Jugendarbeit. Im Bereich des Sports werden Breitensportprojekte gefördert und grenzüberschreitende Probleme wie Bekämpfung von Spielabsprachen, Doping, Gewalt und Rassismus angegangen. Erasmus+ kombiniert sieben EU-Programme in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Jugend. Erstmals wird auch der Sportbereich unterstützt. Als integriertes Programm bietet Erasmus+ mehr Möglichkeiten für die Zusammenarbeit in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport und ist dank vereinfachter Finanzierungsregeln leichter zugänglich.

EU-Projekte „Lebenslanges Lernen“

Leonardo-da-Vinci-Programm

Thema	Laufzeit	Fördersumme
Kulturreferat		
Hospitation von Verwaltungsangestellten in verschiedenen europäischen Städten	2012–2014	5033 €
Referat für Arbeit und Wirtschaft		
Hospitation von Verwaltungsangestellten in Edinburgh	2012–2014	2963 €
Hospitation von Verwaltungsangestellten in Edinburgh	2013–2015	23 285 €
Personal- und Organisationsreferat		
Austausch von Auszubildenden mit Wien	2013–2014	7760 €
Referat für Bildung und Sport		
goMOVET – Mobility across Europe III	2012–2014	62 040 €
EDU PRO European Professional Education/Formation et Education professionnelle en Europe	2012–2014	3145 €
Creating and Finishing Media Products by Using Different New Innovative Technologies in Europe	2011–2015	25 080 €
Tourismus und die Jugend Europas – ein Beitrag für das Zusammenwachsen Europas	2010–2015	64 146 €
Kompetenzaustausch Fachpersonal Bäcker und Konditoren	2012–2014	18 140 €
Mobilität in der Erstausbildung im Bäcker- und Konditorenhandwerk	2012–2014	48 798 €
Lernen in Europa – eine große Chance für Auszubildende	2012–2014	15 104 €
Ausbilder- und Lehreraustausch innerhalb Europas	2012–2014	13 540 €
First European Mobility Experience	2012–2014	34 996 €
Prepnet for IT Students	2012–2014	17 636 €
Blockpraktikum im Ausland	2012–2014	21 998 €
Das System der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Südtirol	2012–2014	22 300 €
Blockpraktikum in Tschechien	2012–2014	8160 €
Fit für den Beruf	2012–2014	33 236 €
Fit für den Beruf	2013–2015	34 524 €
Anwendung der Ergebnisse des IVT IMPAECT	2012–2014	55 208 €
Responsible Care	2012–2014	5250 €
European Youth at work	2012–2014	58 596 €
Sepulkalkultur im Wandel der Stilepochen	2013–2015	83 481 €
Abbau von Ausbildungshemmnissen	2013–2015	17 442 €
Spain intern	2013–2015	22 140 €
Blockpraktikum im Ausland	2013–2014	21 932 €
Blockpraktikum in Spanien	2013–2015	16 420 €
Blockpraktikum in Tschechien	2011–2013	3944 €
Comparison of Personnel Planing and Administration, Service and Production	2013–2015	14 760 €
Health and Nutrition Awareness in Hospitality and Catering Education	2013–2015	174 735 €
Beschaffungslogistikketten in produzierenden Unternehmen	2013–2015	9900 €

EU-Projekte „Lebenslanges Lernen“

COMENIUS

Thema	Laufzeit	Fördersumme
Referat für Bildung und Sport		
Don't Waste Our Planet	2012–2014	22 000 €
Life in our Neighbourhood – Life in our City. Analysis of the living conditions in our urban district and our city	2013–2015	22 000 €
Social Media & School	2013–2015	22 000 €
Our senses are windows to the World	2013–2015	18 000 €
Europe seen through its Leading Personalities	2013–2015	22 000 €
Facebook Vikings and Responsible Citizens	2013–2015	22 000 €
Green Ribbon Europe for Children – Children in Europe Discover Nature	2012–2014	18 000 €
Digital Education: European Dimension of Culture Through Educative Blogs	2012–2014	22 000 €

Konsultationen 2014

Institution	Titel	Referat
EU-Kommission	Konsultation zum Entwurf der Beihilfevorschriften für Energie und Umweltschutz	RAW / DIR / SWM
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE)	Kommunalreferat
EU-Kommission	Konsultation zur Zertifizierung von Abfallbehandlungsanlagen	AWM / RGU
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zum Begriff der Beihilfe	Direktorium
EU-Kommission	Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe nach Art. 107 Abs. 1 AEUV	Direktorium
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation INTERREG EUROPE 2014–2020 Cooperation Programme	PLAN / RGU / RAW
EU-Kommission	Förderung der Entwicklung harmonisierter Maßnahmen zur Kohlenstoffbilanzierung für Güter- und Personenverkehrsdienste in Europa	RGU
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zu den Modalitäten des Investitionsschutzes und der Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)	RAW
EU-Kommission	Öffentliche Anhörung zur „Die urbane Dimension der EU-Politik: Schlüsselaspekte der EU-Städteagenda“	SOZ / RAW / PLAN / RBS
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zu den Leitlinien der Kommission für Konsultationen der Interessenträger	RAW
EU-Kommission	Öffentliche Anhörung zur EU-Strategie für den Alpenraum	RAW / RGU / PLAN
EU-Kommission	Öffentliche Konsultation zur Strategie Europa 2020	SOZ / RAW
Europäische Bürgerbeauftragte	Öffentliche Konsultation zu Transparenz in den Verhandlungen zu TTIP	RAW

EUROCITIES-Berichte und Stellungnahmen 2014

Titel Bericht	Beteiligung LHM
In dialogue on urban transformation	Herausgeber PLAN
Titel Stellungnahme	Beteiligung LHM
EUROCITIES Statement on the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	RAW
EUROCITIES Response to the European Commission's Public Consultation on an Urban Agenda	RAW / PLAN / SOZ
EUROCITIES Policy Paper on an Urban Agenda	RAW / PLAN / SOZ
EUROCITIES Statement on VAT refund for public services	RAW
EUROCITIES Statement on the revision of the National Emission Ceiling (NEC) directive	RGU
EUROCITIES Statement on the EU Urban Agenda	RAW / PLAN / SOZ

Weitere Informationen zur Europaarbeit der Landeshauptstadt unter www.muenchen.de/europa

Aktive Mitarbeit in Netzwerken

EUROCITIES

In folgenden Foren und Arbeitsgruppen des Städtetzwerks EUROCITIES arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt München engagiert mit:

Kulturforum

Arbeitsgruppen: Jugend und Kultur, Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern, Kreativwirtschaft (Kulturreferat)

Forum Wirtschaftsentwicklung

Arbeitsgruppen: Kohäsionspolitik und Strukturfonds (Referat für Arbeit und Wirtschaft, Referat für Stadtplanung und Bauordnung), Integrierte Stadtentwicklung (Referat für Stadtplanung und Bauordnung)

Umweltforum

Arbeitsgruppen: Luftqualität/Klimawandel (Referat für Gesundheit und Umwelt), Abfallpolitik (Abfallwirtschaftsbetrieb München, AWM)

Forum Wissensgesellschaft

Arbeitsgruppen: eGovernment 2.0, Wiki'd Stadtportale (Direktorium)

Forum Soziales

Arbeitsgruppen: Inklusion durch Bildung, Beschäftigung (Referat für Bildung und Sport), Migration und Integration, Einbeziehung von Sinti und Roma (Sozialreferat), Wohnungswesen (Sozialreferat)

Forum Mobilität

Arbeitsgruppen: Barrierefreie Stadt (Sozialreferat und fachliche Vertretung durch ein Mitglied des Behindertenbeirats), Entwicklung einer neuen Mobilitätskultur (Kreisverwaltungsreferat), Internationale Erreichbarkeit (Referat für Stadtplanung und Bauordnung), Transport und Energieeffizienz (Referat für Stadtplanung und Bauordnung)

Arbeitsgruppen des Exekutivkomitees

Daseinsvorsorge, EU Urban Agenda (Referat für Arbeit und Wirtschaft)

Münchner Mitglieder in CEMR-Arbeitsgruppen

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), auf Englisch CEMR (Council of European Municipalities and Regions), ist die älteste und europaweite Organisation der regionalen Gebietskörperschaften. Er vertritt europaweit etwa 100 000 kommunale Gebietskörperschaften sowie 57 nationale Kommunalverbände aus 41 Ländern. München ist über die Mitgliedschaft in der Deutschen Sektion des RGRE/CEMR seit 1972 in diesem europäischen Dachverband vertreten und arbeitet in verschiedenen Ausschüssen sowie Arbeitsgruppen mit. Die Vertretung der Stadt im Führungsgremium der Deutschen Sektion des RGRE, der Delegiertenversammlung, nehmen derzeit sieben ehrenamtliche Stadtratsmitglieder wahr: die Stadträte Walter Zöllner, Fritz Schmude, Jens Röver und die Stadträtinnen Dr. Manuela Ohlhausen, Ulrike Boesser, Lydia Dietrich, Gabriele Neff sowie Bürgermeister Josef Schmid als ständiger Vertreter des Oberbürgermeisters.

Auch in den weiteren Gremien des RGRE, dem Hauptausschuss und dem Präsidium, wird die Stadt München durch Stadtrat Walter Zöllner, Stadtrat Jens Röver und Stadträtin Lydia Dietrich repräsentiert. Stadträtin Lydia Dietrich ist außerdem Mitglied des Policy Committees.

Der CEMR hat sich neue interne Arbeitsstrukturen gegeben und Arbeitsgruppen neu besetzt. Für die Landeshauptstadt München nehmen folgende Personen teil:

- Thematic Platform „Resource efficiency and environment“:
Dr. Inci Sieber, Stadträtin (SPD) bis Mai 2014
- Standing Committee „Equality of women and men in local life“:
Lydia Dietrich, Stadträtin (Die Grünen)

In folgenden Focus Groups ist München vertreten:

- Energy efficiency:
Dr. Inci Sieber, Stadträtin (SPD) bis Mai 2014
- Air quality:
Dr. Inci Sieber, Stadträtin (SPD) bis Mai 2014, Ulrich Teichmann,
Referat für Gesundheit und Umwelt
- Waste:
Ulrike Boesser, Stadträtin (SPD), Günther Langer (Abfallwirtschaftsbetrieb München, AWM)
- Lobbying:
Henriette Wägerle,
Referat für Arbeit und Wirtschaft
- Observatory of the European Charter for Equality of women and men in local life:
Ulrike Boesser, Stadträtin (SPD)

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Als Vertretung der Gemeinden und Regionen im Europarat verfolgt der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) die vornehmlichen Ziele des Europarates: Stadträtin Gabriele Neff (FTB) und Stadtrat Walter Zöllner (CSU) haben je einen stellvertretenden Sitz. Der KGRE beobachtet, kontrolliert und bewertet vor allem die Einhaltung und Beachtung der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung in den 47 Mitgliedsstaaten des Europarates und entsendet Delegationen zur Wahlbeobachtung in seine Mitgliedsstaaten.

München engagiert sich außerdem in folgenden Netzwerken:

- **Deutscher Städtetag**
- **Bayerischer Städtetag**
- **Europabüro der bayerischen Kommunen**
- **Energy Cities**
- **XARXA**
- **Educating Cities**
- **DEFUS**
Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit
- **EFUS**
Europäisches Forum für Urbane Sicherheit (Vorstandsmitglied: Dr. Wilfried Blume-Beyerle, Kreisverwaltungsreferent der Landeshauptstadt München)
- **Cities for children**
- **ECOMM**
European Conference on Mobility Management
- **Klima-Bündnis/Alianza del Clima e.V.**
(Vorsitzender Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München)
- **Boden-Bündnis ELSA e.V.**
European Land and Soil Alliance
- **Gesunde Städte-Netzwerk**
- **ETOA**
European Tour Operator Association
- **ECM**
European Cities Marketing
- **SHARE**
- **CIVINET**
- **Integration Cities**
- **Covenant of Mayors**

Europa in der Stadtverwaltung

Mitglieder der Stadtratskommission Europa der LHM mit Stimmrecht sind:

- Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft
- Manuel Pretzl, CSU
- Dr. Manuela Olhausen, CSU
- Ulrike Boesser, SPD
- Jens Röver, SPD
- Lydia Dietrich, Die Grünen/Rosa Liste
- Gabriele Neff, FTB
- Ursula Sabathil, AG BM/AfD

Arbeitskreis Europa: Die Europa-beauftragten der Referate

Baureferat: Stephan Strohal

Direktorium: Gisela Lang-Hefferle

Kommunalreferat: Silke Pesik, Veronika Feicht, Günther Langer (AWM)

Kreisverwaltungsreferat: Georg Köberl

Kulturreferat: Hertha Pietsch-Zuber

Personal- und Organisationsreferat:

Josef Ruland

Referat für Arbeit und Wirtschaft,

Fachbereich Europa: Henriette Wägerle

Referat für Bildung und Sport:

Matthias Marschall

Referat für Gesundheit und Umwelt:

Helmer Honrich

Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Dr. Sylvia Pintarits

Sozialreferat: Thomas Pollmer

Stadtkämmerei: Dieter Piosczyk

Koordinierungsgruppe Europarecht

Leitung: Gisela Lang-Hefferle, Direktorium

Einheitlicher Ansprechpartner für Unternehmen (EAP)

Der EAP unterstützt inländische und ausländische Unternehmer, insbesondere aus den EU-Ländern, die in München eine Dienstleistung erbringen oder ein Unternehmen gründen wollen.

www.eap-muenchen.de

Veranstaltungen in München

- 4.2.2014
Übersicht zum neuen EU-Förderprogramm „Kreatives Europa“ (KULT)
- 5.2.2014
Workshop: Erfolgreiche Antragstellung für „Kreatives Europa“ (KULT)
- 19.–23.5.2014
Besuch einer Delegation der Stadt Kiew (RGU/Bauzentrum)
- 26.6.2014
Münchner Ergebniskonferenz von „MORECO“ (PLAN mit Unterstützung des Leadpartners SIR sowie der Projektpartner iSPACE)
- 17.7.2014
Besuch einer Delegation aus Luxembourg (RGU)
- 14.10.2014
Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Kreatives Europa“ (KULT)
- 30.–31.10.2014
Abschlusskonferenz des „IMAGINE“-Projekts bei der Jahrestagung des World Future Councils
- 3.11.2014
Landscape and Environment Conference zum Thema: „RURAL-URBAN AGRICULTURE, FOOD AND THE CITY“ (PLAN)
- 5.11.2014
Gemeinsame Tagung der EUROCITIES-Arbeitsgruppen Integrierte Stadtentwicklung und Wohnungswesen (PLAN)
- 13.11.2014
Besuch einer Delegation der Provinz und der Stadt Odessa (Bauzentrum)
- 26.11.2014
PUMAS-Workshop „Institutional cooperation in urban and regional mobility“ (RAW/RGU)
- 8.12.2014
Informationsveranstaltung zum INTERREG-Programm 2014–2020 (RAW)

Europe Direct Informationszentrum (EDI)

Die Veranstaltungsreihe „Europaforum im Gasteig“ des EDI in der Europa-Lounge der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig bot einer interessierten Öffentlichkeit folgende kostenlose Informations- und Diskussionsabende an:

- 27.1.2014
Diskussion „Einwanderung nach Europa – Erträumt, gewünscht, verhindert?“ mit Nadja Hirsch, Mitglied des Europäischen Parlaments und integrationspolitische Sprecherin der FDP, Claudia Stamm, Mitglied des Bayerischen Landtags und Asylbeauftragte der bayerischen Grünen, Johanna Rumschöttel, Landrätin (SPD), Martin Neumayer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung (CSU), Anni Kammerlander, REFUGIO München, Michael Stenger, Vorstandsvorsitzender der SchlaU-Schule München
- 10.3.2014
Diskussion „10 Jahre EU-Osterweiterung – Ein transnationaler Austausch der „Visegradgruppe“

- mit Gergely Pröhle, stellvertretender Staatssekretär im Außenministerium von Ungarn, Piotr Buras, Direktor des Warschauer Büros des Europäischen Rates für Außenbeziehungen (ECFR), Petr Kratochvíl, Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen in Prag, und Pavol Hamzik, Berater des slowakischen Außenministers und ehemaliger Vizepremierminister für europäische Angelegenheiten in der Zeit der Beitrittsverhandlungen
- 14./15.3.2014
Schreibwerkstatt „Europa“ für Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 4.4.2014
Live-Dokumentation „Das Europäische Parlament – Stimme der Bürger“; eine multimediale Zeitreise
- 7.4.2014
Vortrag „Was will Europa?“ mit Srečko Horvat, kroatischer Philosoph und Autor sowie Dr. Konrad Clewing, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Ost- und Südeuropaforschung
- 16.5.2014
Vortrag „Europawahl 2014 – EU am Scheideweg?“ mit Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) in München
- 23.6.2014
Diskussion „Armutszuwanderung aus Südosteuropa – Ein Mythos?“ mit Barbara Lochbihler, Mitglied des Europäischen Parlaments, Rudolf Stummvoll, Leiter des Amtes für Wohnen und Migration in München, Elfriede Kersch, Leiterin des Referats Volkswirtschaft, Fachkräfte, Demografie der IHK für München, und Savas Tetik, Arbeiterwohlfahrt München, Informationszentrum Migration und Arbeit
- 20.10.2014
Informationsmesse zur Sharing Economy „Teilen, Tauschen, Mieten, Schenken“
- 27.11.2014
Diskussion „Internationales Freihandelsabkommen – drohende Gefahr für die Kommunen?“ Auf dem Podium diskutierten Lutz Güllner von der Europäischen Kommission, Inge Reichert vom Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen in Berlin, Professor Christoph Scherrer, Leiter des Fachgebiets Globalisierung und Politik an der Universität Kassel, sowie Walter Leitermann vom Deutschen Städtetag in Brüssel
- 8./9.12.2014
Filmprogramm der Münchner Stadtbibliothek zur Ausstellung 15 Jahre SchlaU, „Can't be silent“ und „Nacht Grenze Morgen“
- 16.12.2014
Vortrag „Zwischen Kooperation und Konflikt: Die EU-Russland-Beziehungen“
- 8.12.2014
Vortrag „Sacharow Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments 2014“ mit Barbara Lochbihler, Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausstellungen

- 9.12.2014 – 30.1.2015
„15 Jahre SchlaU – Leben zwischen Traditionen, Alltagscollagen junger Flüchtlinge in München.“ Kooperationsprojekt zwischen Schülerinnen und Schülern der SchlaU-Schule und dem englischen Fotografen Patrick Frost. Die Ausstellung porträtierte junge Flüchtlinge in der bayerischen Landeshauptstadt

Netzwerktreffen der Münchner Europaakteure

Am 20. Oktober trafen sich mehr als 80 Münchner EU-Akteure auf Einladung des Europe Direct Informationszentrums (EDI) im Münchner Rathaus.

Information

- Februar – Mai 2014
Bürgersprechstunden mit Europaabgeordneten (fünf Veranstaltungen)
- April – Mai 2014
Europawerkstatt für Schulen zur Europawahl (sechs Veranstaltungen)

Schulservice des Europe Direct Informationszentrums**Europarallye im Gasteig**

- 50 Europarallyes in Münchner Kinder- und Jugendbibliotheken
- 6 EU-Workshops für Schulen

EDI-Informationsstand auf folgenden**Veranstaltungen**

- Münchner Freiwilligenmesse
- Europatag
- Europatag der Münchner Schulen
- Tag der Daseinsvorsorge München

Europe Direct Informationszentrum**München & Oberbayern**

Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig
Rosenheimer Straße 5, 81667 München

www.muenchner-stadtbibliothek.de/europa

www.muenchen.de/europe-direct

Veranstaltungen der Münchner Volkshochschule (MVHS)

Das Fachgebiet Politik und Gesellschaft der Münchner Volkshochschule veranstaltet regelmäßig Vorträge, Podiumsdiskussionen, Gesprächskreise und Kurse zu europaspezifischen Themen. Die Schwerpunkte sind dabei: europäische Politik, europäische Wirtschaft, Länderkunde und europäische Geschichte. Hervorzuheben ist unter anderem die Vortragsreihe „Europa und der Nationalsozialismus“. Mit dem Ziel, historisches Wissen über das „Dritte Reich“ zu vermitteln und das Verständnis für unsere Nachbarn zu vertiefen, folgt die Veranstaltungsreihe den zerstörerischen Spuren des Nationalsozialismus durch Europa und beleuchtet die Folgen der nationalsozialistischen Politik für die europäischen Völker. 2014 beschäftigte sich diese Reihe unter anderem mit Ungarn und der Ukraine.

Im Jahr 2014 wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt (Auswahl):

Europa allgemein

- 12.3.2014
Militär- oder Zivilmacht? Europas Rolle in der Welt
- 7.4.2014
Wie viel Grundgesetz verträgt Europa – und umgekehrt?
- 6.5.2014
Podium: Vor der Wahl – Rechtspopulismus in Europa?
- 25.–27.7.2014
Wer sind wir? Ein Wochenende über christlich-abendländische Werte und Traditionen

Europa: Wirtschaft

- 18.3.2014
Podium: Freier Handel für wen? Das EU-USA Freihandels- und Investitionsabkommen
- 15.7.2014
Was ist aus der Euro-Rettung geworden?
- 4.12.2014
Im Rahmen der Veranstaltungsreihe Christian Udes „Politik der Woche“: „Europa und das liebe Geld – Steueroasen, Zinssätze, Bankenrettung“
- sowie 18.12.2014
„Die Freihandelsabkommen mit Amerika und die Konsequenzen für Europa“

Europa: Länder

- 6.–13.9.2014
Studienreise: Bosnien-Herzegowina mit Sarajevo und Mostar
- 30.9.2014
Whither Scotland? Postscript to the Scottish independence referendum

Europa: Geschichte

- 31.3.2014
Sarajevo – Biografie einer Stadt
- 24.9.2014
Europa vor einer neuen Spaltung? Zeithistorische Dimensionen des Russland-Ukraine-Konflikts
- 13.3.–26.6.2014
Die Geschichte Mittel- und Osteuropas (Vortragsreihe)
- 4.3.–8.4.2014
Der Weg in die Ur-Katastrophe: Die europäischen Großmächte 1890–1914 (Vortragsreihe) sowie weitere Veranstaltungen zum 1. Weltkrieg

Europa in München**Vertretung der Europäischen Kommission in München**

Entscheidungen der EU in Baden-Württemberg und Bayern bekannt und verständlich zu machen und eine informierte Debatte über europäische Themen anzustoßen – das ist die Aufgabe der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München, Bob-van-Bentham-Platz 1, unter der Leitung von Joachim Menze.

www.ec.europa.eu/deutschland

Vertretung des Europäischen Parlaments

Die Informationsbüros sind das Bindeglied zwischen dem Europäischen Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern. Das Informationsbüro München leitet Paul-Joachim Kubosch.

www.europarl.de

Mitglieder des Europäischen Parlaments aus Bayern

- Prof. Dr. Klaus Buchner, ÖDP, München
- Albert Deß, CSU, Neumarkt i. d. Oberpfalz
- Ismail Ertug, SPD, Regensburg
- Markus Ferber, CSU, Augsburg
- Thomas Händel, DIE LINKE, Fürth
- Monika Hohlmeier, CSU, Lichtenfels
- Barbara Lochbihler, Die Grünen, Kaufbeuren
- Ulrike Müller, Freie Wähler, Missen-Wilham
- Dr. Angelika Niebler, CSU, Ebersberg
- Maria Noichl, SPD, Rosenheim
- Manfred Weber, CSU, Wildenberg
- Kerstin Westphal, SPD, Schweinfurt

Impressum

Herausgeber

Landeshauptstadt München
Referat für Arbeit und Wirtschaft
Herzog-Wilhelm-Straße 15
80331 München
europa@muenchen.de
www.muenchen.de/europa

Redaktion

Anke Schlee, Landeshauptstadt München
Petra Pintscher, München

Gestaltung

Kochan & Partner GmbH, München

Druck

Aumüller Druck GmbH Co. KG, Regensburg

Gedruckt auf Satimatt green, FSC-Mix, aus zertifiziertem Holz, aus kontrollierten Quellen und aus Recyclingmaterial

April 2015
Heft Nummer 291

Bildnachweise

Titel	iStock.com/Rocky89; Getty Images; Natalia Machalska, P. Schnitzler/München Tourismus
3	Michael Nagy/Presseamt München
4	Michael Nagy/Presseamt München
5	Michael Nagy/Presseamt München
8/9	Andreas Heddergott
10	Ruth Schawohl, Sandra Spöttl, Steffen Leiprecht
11	Andreas Heddergott
12	Andreas Heddergott
13	Matthias Marschall
16	Sandra Spöttl
18	Fotolia
19	München Tourismus
24	electriceye – Fotolia.com
25	Personal- und Organisationsreferat
26	Abfallwirtschaftsbetrieb München
27	Stadtgüter München
29/30	Referat für Arbeit und Wirtschaft, Patrick Frost Photography
33	Thomas Wizany
34/35	Referat für Bildung und Sport
36	Thomas Splett
37	Memet Birinci
38	Stelle für internationale Angelegenheiten
39	Kommunalreferat
40/41	Sozialreferat
42/43	Referat für Arbeit und Wirtschaft
44	Margareta Lindner
45	Johanna Balthesen

Die Publikation entstand dank der Mitarbeit und durch Beiträge aller städtischen Referate der Landeshauptstadt München im Fachbereich Europa des Referats für Arbeit und Wirtschaft unter der Leitung von Henriette Wägerle.

Haben Sie Rückfragen oder wünschen Sie weitere Informationen? Dann wenden Sie sich gerne an uns, wir bemühen uns, Ihnen weiterzuhelfen: europa@muenchen.de.

www.muenchen.de/europa

M  **DICH**
MÜNCHEN MAG DICH
EUROPA VERBINDET